

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einleitung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 16.

Sonnabend, den 22. April 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —
Schöne Fortschritte im 1. Quartal. — Unsere Wirtschaftspolitik
und die Interessen der Industrie. II. — Aus der Granitindustrie.
— Die Allgemeine Steinsegerzeugung und die Pflastersteinsoll-
frage. — Wirtschaftliche Rundschau. — Stockholmer Wirtschafts-
rechnung. — Gesunder Egoismus. — Korrespondenzen. — Steu-
erlieferungen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Be-
kannmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. —
Anzeigen.

Beilage: Ein verbrecherischer Plan. I. — Strafrecht und
Strafprozess. — Wie an den Armen und Kranken gespart wird.
— Korrespondenzen. — Feuilleton: Die vorzeitige Verwitterung
natürlicher Bausteine. — Neue geologische Karten.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Gesperret sind: Ettringen: Gebr. Ott. — Geilenau:
Lahn-Basaltwerk. — Kunkel: Kunststeinwerk Hem-
mig & Komp. — Jena: Kalksteinbrüche.

Ströbel (Schlesien). Die Unternehmer stellen gegenseitig
keine Leute ein, welche die Arbeitsstellen wechseln
wollen. Unsere Kollegen finden eine solche Fessel un-
erträglich. Zuzug ist zu vermeiden.

Nördlingen (Bayern). Bei der Firma Koppel & Söhne
sehen seit dem 8. April die Schleifer, Schurer und
Sägerarbeiter im Streik. Die Verhandlung endete
resultarlos.

Kiel. Die Steinarbeiter befinden sich seit dem 1. April
im Ausstand. Die Unternehmer bestehen hartnäckig
auf ihrer Akkordvorlage, welche für die Kollegen un-
annehmbar ist.

Bede-Frömmersbach (Rhld). Da die Verhandlungen über
den Abschluß des eingereichten Tarifentwurfs resultat-
los verlaufen sind, sind ernste Differenzen nicht aus-
geschlossen. Zuzug von Pflastersteintüppern, Stößern
und Tagelöhnern ist streng fernzuhalten.

Coblenz. Der Streik ist noch nicht beendet; fünf kleinere
Firmeninhaber haben den Stundenlohn von 60 Pfg.
bewilligt.

Oppach. Die Steinmehlen der Firma Tempel & Co. be-
finden sich seit drei Wochen im Streik.

Aue. Gestreift wird bei folgenden Firmen: Hermann
Weishorn, F. Salzer in Aue; Gebr. Bachmann
in Neubörsel; Firma Groß in Blauenthal. Vergleichs-
verhandlungen sind eingeleitet.

Reichenbach. Der Streik der Granitarbeiter bei der
Firma Deutsche Steinindustrie dauert fort. Stein-
mehlen und Schleifer haben Zuzug fernzuhalten.

Stettin. Bei der Firma Gustav Görsch legten wegen
Nichtbewilligung des Tarifs 16 Kollegen die Arbeit
nieder. Die übrigen Unternehmer haben den Tarif
unterzeichnet.

Gotha. Der Streik der Granitarbeiter dauert fort. Der
Unternehmer lehnte die Forderungen der Kollegen ab.
Auch sollen Maßregelungen bei der Wiedereinstellung
vorgenommen werden.

Hoch-Altenhammer (Oberpfalz). Wegen Nichtanerkennung
des Tarifs sind die Granitsteinmehlen der Fa. Stein-
hardt in den Streik getreten.

Sauzenberg. Bei der Firma Gebr. Kerber sind ernste
Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Pflasterstein-
arbeitern ist fernzuhalten.

Darmstadt. Die Lohnforderungen der hiesigen Stein-
arbeiter sind zugunsten der Kollegen ausgefallen.

Gelsenkirchen und Umgebung. Die Stein- und Marmor-
hauer sowie die Politeure stehen im Streik. Zuzug
nach Gelsenkirchen, Wattencheid und Kottbusen ist
fernzuhalten.

Günstig erledigte Lohnbewegungen sind zu verzeichnen
in Hildesheim; Beucha, Firma Hartwig; Beuthen;
Goldbach; Hof, Granitsteinmehlen und Schleifer;
Kiederlamitz und Weifenstadt, Granitsteinmehlen;
Kupferdreh, Kunststeinarbeiter; Mühlhausen (Th.),
Steinmehlen; Oberdorf, Brecher (Muschelkalk);
Langensalza, Travertinmehlen; Jena, Granit-
steinmehlen und Schleifer; Erfurt, Sandsteinmehlen.

Oesterreich. Gesperret sind: Schwarzbrunn, Kolomea, Dro-
hobnyz, Friedeberg, Klein-Kroße, Rotwasser, Seddorf
und Schwarzwasser. In den fettgedruckten Orten sind
792 Kollegen seit 1. April ausgesperrt. Zuzug nach
Oesterreich ist streng fernzuhalten.

Schweiz. Basel: Die Kunststeinfabrik von Urbani ist
gesperrt.

An die Zahlstellenvorstände!

Die Verbandsleitung macht bei der jetzigen Situation be-
sonders auf die statutarischen Bestimmungen über die Inseinie-
rung von Streiks aufmerksam: Streiks, welche ohne Zustimmung
der Verbandsleitung beschlossen werden, werden aus der Haupt-
kassette nicht unterstützt. Die Verbandsleitung behält sich von Fall
zu Fall vor, die Verbandsmitglieder der Streikenden ungefümt ein-
zuführen. — Den taktischen Anordnungen der verantwortungs-
vollen Instanzen muß unbedingt Folge geleistet werden. Geht
ein Streik verloren, dann wird gewöhnlich der Verbandsleitung
die Schuld aufgebürdet.

Schöne Fortschritte im 1. Quartal.

So war's immer, mein Freund,
Und so wird's bleiben:
Die Ohnmacht hat die Regel für sich,
Aber die Kraft den Erfolg.
Schiller.

Der Steinarbeiterverband kann auch im 1. Quartal
1911 mit einer starken Mitgliederzunahme rechnen. Früher
hatten wir im 3. Quartal immer den höchsten Mitglieder-
bestand, den niedrigsten in den Monaten Januar, Februar
und März. In den letzten Monaten sind nun in den
Steinbruchgebieten — in unserm eigentlichen Rekrutie-
rungsgebiet — Hunderte von Kollegen dem Verbands be-
getreten, und täglich werden Neuaufnahmen signalisiert.
Besonders groß sind die Erfolge, soweit die Organi-
sierung der Steingewinner in Betracht kommt.
Als agitatorischer Anreiz gilt weiter, daß schon seit
Wochen die Führung der Lohnbewegungen im vollen
Gange ist. Und wir haben in Dresden (Marmor-
branche), Marktzeuthen, Hildesheim,
Rückers, Wünschelburg, Mittelsteina, Er-
furt und Leipzig (Trottoirplattenarbeiter) ganz an-
sehnliche Erfolge aufzuweisen. Die Tarifverhandlungen
im Raingebiet (Sandstein) sind im vollen Gange. Einige
Streiks haben wir verloren, wenn aber die Mitglieder
Stand halten, dann kann später die Ernte in die Scheuer
in reichlicher Weise gebracht werden. — Wir müssen ge-
rade die Monate April, Mai und Juni agitatorisch weit-
möglichst ausnützen. Jetzt müssen alle rednerischen Kräfte
in den Dienst des Verbandes gestellt werden. Die einzel-
nen Zahlstellen sollen es auch als Ehrenpflicht betrachten,
einige Mittel den Gauleitungen für diese Werbearbeit
zur Verfügung zu stellen. Da uns große Lohnkämpfe be-
vorstehen, so soll in finanzieller Beziehung nicht jede
Kleinigkeit der Zentralkasse angerechnet werden.

Es muß gelingen, in diesem Jahre 5000—6000 neue
Kämpfer unserm Verbande zuzuführen. Allerdings
darf man die agitatorische Kleinarbeit nicht auf den
St. Nimmerleinstag hinauschieben. Nach dem Stand
der Mitgliederziffern des 3. Quartals 1911 wird die Zahl
der Delegierten für den nächsten Verbandstag bemessen.
Kollegen, sorgen wir samt und sonders dafür, daß schon
durch die stattliche Zahl der Delegierten die Machtstellung
unseres Verbandes auch nach außen hin zur Geltung
kommt.

Wir haben folgende bemerkenswerte Neuaufnahmen
zu verzeichnen:

Berlin 108	Erfurt 15	Kemnach 52
Ströbel 41	Hamburg II. 17	Münster 18
Strehlen 20	Sommern 169	Nandersbader 21
Demitz-Zhumnitz 595	Bede 16	Röllfeld 22
Bischofsberga 34	Serbede 12	Treuchtlingen 15
Dresden-Pirna 154	Essen 11	Grünfeld 14
Arnsdorf 62	Blombacherbach 15	Großheubach 34
Königsbrunn 32	Brück 22	Bamberg 12
Baunzen 72	Reinheim 11	Ziegelanger 98
Eunewalde 37	Kaiserlautern 14	Eibelsdorf 66
Beucha 40	Darmstadt 12	Dörsenfurt 58
Wurzen 180	Karlshöhe 13	Hof 17
Söbejun 31	Deheln 11	Kirchlamitz 15
Falkenhain 68	Höpfingen 11	Kosbach 29
Grimma 114	Bürgstadt 18	

Mit den über 2000 gemachten Neuaufnahmen können
wir im 1. Quartal sehr wohl zufrieden sein.
Zahlstellen, welche unter 10 Aufnahmen zu verzeichnen
hatten, haben wir bei unsrer Aufstellung noch gar nicht
berücksichtigt. Des weiteren sei betont, daß bis zum 18.
April leider ein Teil der Abrechnungen noch nicht an
die Zentrale eingeleistet worden ist. — Allerdings haben
wir einige Zahlstellen zu verzeichnen, wo anscheinend nicht
mit dem nötigen Eifer agitiert wird, trotzdem es an In-
differenzen nicht fehlt. — Es darf auch jetzt nicht ver-
gessen werden, daß wir uns der Lehre Ent-
lassenen annehmen und sie dem Verband ungefümt zu-
führen. Daß unsre Verbandsmitglieder den Steinmeh-
lehrlingen jederzeit liebevoll beistehen sollen, sei bloß
nebenbei bemerkt. —

Kollegen! Wir haben in diesem Jahre schon ansehn-
liche Erfolge mit den durchgeführten Lohnbewegungen
erzielt, die Mitgliederzahlen sind gewaltig gesteigert wor-
den. Da müssen wir schon die jetzt günstige Zeit agita-
torisch bis zum äußersten ausnützen.

Unsere Wirtschaftspolitik und die Interessen der Industrie.

II.

Die Verschärfung des Arbeitskampfes.

Wie es durch die volksfeindliche Zoll- und Steuer-
politik zu einer weiteren Vertiefung der Klassengegen-
sätze gekommen ist, so sind auch der Unwille und der Miß-
mut des Volkes aufs neue erregt und gesteigert worden.
Die Reaktion, die Machthaber trieben es zu arg und trei-
ben es immer ärger, daß selbst die indifferentesten Volks-
kreise aufgerüttelt werden. Das arbeitende Volk muß ja
in dem Maße unzufriedener und oppositioneller werden,
in dem die Lasten wachsen und seine Kaufkraft vermindert
wird. Mit Notwendigkeit ergeben sich ganz allge-

mein erhöhte Lohnansprüche und im weiteren Verlauf
vermehrte und verschärfte Arbeitskämpfe. Das arbeitende
Volk ist nun einmal nicht mehr in der verzweifeltsten Lage,
jede Verschlechterung der sozialen Verhältnisse ruhig über
sich ergehen zu lassen. Die starken und immer mehr er-
starkenden Organisationen stehen hinter den Forderungen
des Volkes.

Es ist klar, daß ein so tief gehender Unwille im Volke,
daß eine Verschärfung der Klassengegenstände nicht künstlich
durch Agitatoren hervorgerufen werden kann. Ebenso
klar ist es auch, daß die Arbeitskämpfe nicht „von irrefüh-
renden Massen gemacht“ werden, sondern daß sie ihre
Ursache in den sozialen Verhältnissen und in der volks-
feindlichen Zoll- und Steuerpolitik haben. Darum irrt
sich der Reichskanzler gewaltig, wenn er behauptet, daß
die „Stimmen unzufriedener Mißmuts machtlos ver-
hallen“ werden. Die Gewerkschaften sind viel zu sehr ein
Machtfaktor, als daß sie den Forderungen des arbeitenden
Volkes nicht Geltung verschaffen könnten.

Die Forderungen des arbeitenden Volkes, die gegen
das herrschende Regiment gerichteten Anklagen, werden
von den Arbeiterfeinden als unbegründet und maßlos
übertrieben bezeichnet. Demzufolge suchen sie auch die Ar-
beitskämpfe als bloße Folge einer gesellschafts- und staats-
feindlichen Agitation, als Ausfluß einer künstlich hervor-
gerufenen Unzufriedenheit hinzustellen. Es wird fröh-
lich drauflos behauptet, daß bei der großartigen Entfaltung
des wirtschaftlichen Lebens kein Erwerbsstand, auch der
Arbeiterstand nicht, zu kurz gekommen sei. Deshalb —
so folgern die Arbeiterfeinde weiter — entbehren die Ar-
beitskämpfe jeder Grundlage und Berechtigung, ja, sie
stellen sie als bloße Machtproben der sozialdemokratischen
Gewerkschaften dar.

Nun denn — wenn den „verhehenden“ Behauptungen
des kämpfenden Proletariats kein Glauben beigemessen
werden soll, wenn den Lohnforderungen und den Arbeits-
kämpfen die Berechtigung abgeleugnet wird, wie sieht es
dann da mit den Bestätigungen der proletarischen An-
klagen aus der bürgerlichen Welt? Die fortwährende Be-
unruhigung des arbeitenden Volkes durch die steigende
Verteuerung der Lebenshaltung birgt zugleich eine Be-
unruhigung der Industrie in sich, ganz abgesehen von der
Beunruhigung der Industrie durch die Erschwerung des
Exports. Daher kommt es denn, daß die Behauptungen
des Klassenbewußten Proletariats und die Berechtigung
der Arbeitskämpfe oftmals die Bestätigung seitens ein-
sichtiger Kreise des Bürgertums erfahren.

So enthält der Jahresbericht der Handelskammer
Münster für 1910 recht bemerkenswerte Ausführungen. Der
Bericht wirft die Frage auf, „ob auch für fernere Zeiten
der seit einem Menschenalter als Grundsatz untrer Zoll-
politik in den Vordergrund gestellte Schutz des heimischen
Marktes noch weiter bis in seine äußersten Konsequenzen
verfolgt werden darf. —“ Denn die Industrie habe
„nicht mehr ihr Heil in hohen inländischen Zöllen und
dem Absatz im Inland zu sehen, sondern mit Nachdruck auf
eine Ermäßigung der Zölle des Auslandes im Interesse
unseres Exports zu dringen; denn der Schwerpunkt der
nationalen Arbeit liegt gegenwärtig in der Förderung
unseres Exports.“ Es wird also festgestellt, daß unsre
vielgepriesene Wirtschaftspolitik die Interessen der Indu-
strie schwer schädigt. Aber noch eine andre schwere Schä-
digung der Industrie wird nachgewiesen, nämlich die
Verteuerung der Produktionskosten.

Was der Bericht über die Verteuerung der Produk-
tionskosten sagt, das ist zugleich eine glänzende Rech-
fertigung der Arbeiterforderungen und Arbeitskämpfe.
Der Bericht sagt: „Die Erhöhung der Preise für die land-
wirtschaftlichen Erzeugnisse hat in den letzten Jahren zu
einer Verteuerung der gesamten Lebenshaltung geführt,
die für die Industrie ihren Ausdruck in erhöhten Lohn-
forderungen gefunden hat. Die Industrie hat also in Zu-
kunft mit erheblich höheren Löhnen zu rechnen; denn diese
Verteuerung der gesamten Lebenshaltung — ist nicht
wieder wegzubringen. —“ Dann wird die Meinung
ausgesprochen, — daß die Industrie zur Wahrung
ihrer Lebensinteressen und zur Aufrechterhaltung und Er-
weiterung ihres Exports sich eine Verteuerung ihrer
Produktionskosten durch eine weitere Hinausschraubung
der Kosten für die Lebenshaltung der Arbeiter nicht
bieten lassen kann; denn eine weitere Verteuerung der
Lebenshaltung würde eine direkte Gefahr für den Be-
stand der deutschen Volkswirtschaft bilden.“

Schwere Schädigung der Industrie, dauernde Ver-
teuerung der Lebenshaltung, verschärfter Arbeitskampf,
das ist die Signatur der volksfeindlichen Zoll- und Steuer-
politik. Die Hauptschuld tragen aber die Vertreter des
industriellen Kapitals selbst. Denn sie sind es gewesen,
die eine volksfeindliche Politik erst begünstigt und er-
möglichst haben, weil sie in Steuerfragen ihre eignen
Taschen schonen wollten, weil sie den Inlandmarkt für
sich beanspruchten und weil sie schließlich der Reaktion
Helfershelferdienste leisteten, um eine wirksame Ver-
tretung der Volksinteressen durch die heranwachsenden
Arbeiterorganisationen unmöglich zu machen. Hat doch
der Führer des Nationalliberalismus, der Reichstags-
abgeordnete Bassermann, noch vor kurzem den Latbestand
verschleiern und die Arbeiterführer für die Lohnforde-
rungen und Arbeitskämpfe verantwortlich machen wollen.

So erweisen sich denn die Arbeiterorganisationen nicht nur als wirksame Vertreter der Interessen des arbeitenden Volkes, sondern auch als die einzigen wirklichen Vertreter der Interessen unserer Industrie und unserer Volkswirtschaft. Dadurch gelangten sie auch zu ihrem Einfluß und zu ihrer Stärke. Die Sache des Volkes wird siegen.

Aus der Granitindustrie.

r. Seit Jahren schon herrscht in der Granitindustrie ein schlechter Geschäftsgang. In den Sommermonaten wird überall mit Hochdruck gearbeitet, Ueberstunden müssen geleistet werden, Tag und Nacht wird gewuchtet, bis dann plötzlich die Aufträge erledigt sind und die stille Zeit eintritt, ganz so wie in jeder andern Saisonindustrie, deren wir ja bekanntlich so viele haben. Die Arbeiter sind gezwungen, zu feiern, oder es wird sonst mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Und wenn dann die schlechte Zeit vorüber ist, dann muß wieder mit Hochdruck geschafft werden, damit die Aufträge so schnell als möglich fertig werden. Zum Beweis für diese unsere Behauptung verweisen wir nur auf das Fichtelgebirge. Dort wurde seit Anfang Oktober mit teilweise verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, teilweise mußte oft wochenlang ausgehört werden, und die Arbeiter mußten oft noch froh sein, wenn sie nicht entlassen wurden. Selbstverständlich bestehen diese Zustände auch in andern Distrikten der Granitindustrie, wie aus den Berichten der Handelskammern in den Fachzeitschriften zur Genüge hervorgeht. Auch sonst wurde auf diese Uebelstände hingewiesen. Das sind Verhältnisse, die nicht nur erst seit kurzem bestehen, sondern mit denen die Granitarbeiter schon seit Jahren zu rechnen hatten, und mit denen wir jedenfalls auch für die Zukunft rechnen müssen. Es kann daher nichts schaden, wenn wir an dieser Stelle einmal die Angelegenheit zur Sprache bringen und versuchen, die Ursachen dieser Erscheinung zu ergründen.

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß die besten Zeiten der Granitindustrie vorüber sind. Die großen Bauten der siebziger und achtziger Jahre werden nicht so schnell in neuer Auflage hergestellt werden. Auch die Eisenbahnbrücken, die für die großen Verbindungsstrecken notwendig waren, dürften so schnell nicht wieder gebaut werden, da derartige Strecken nicht mehr ausgeführt werden. Sehe man sich aber die großen Eisenbahnbrücken im Jodetal bei Blauen, die Egerbrücke bei Markt-leuthen, die Donaubrücke bei Deggendorf usw. an, wie viele Tausende von Kubikmeter Quader dort aufeinandergeschichtet sind, so wird man es leicht begreiflich finden, daß zur damaligen Zeit das „goldene Zeitalter“ für die Granitindustrie bestanden haben muß. Dazu kommen dann noch die Bahnhofsbauten, die damals, besonders in den Gebieten der Granitindustrie, nur in diesem Material ausgeführt wurden. Auch in dieser Beziehung hat die moderne Richtung, die in der Materialfrage eine sehr große Rolle spielt, und die nicht nur allein in die Denkmalkunst eingreift, eine wesentliche Aenderung herbeigeführt. Einerseits sind solche großen Bahnhofsbauten nicht mehr notwendig, und wo solche ausgeführt werden, verwendet man Eisenbeton und Basaltsteine, höchstens der Sockel wird noch in Granit ausgeführt. Das sind Faktoren, die wir bei Betrachtung dieser Frage unbedingt im Auge behalten müssen.

Anders liegt allerdings die Frage, wenn wir die Denkmalindustrie in Betracht ziehen. Ihren größten Aufschwung nahm die Denkmalindustrie Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Damals wurden überall Schleifereibetriebe errichtet, und soviel man auch produzieren mochte, es fanden sich Käufer dafür. Man fragte nicht danach, ob die Denkmäler auch den künstlerischen Ansprüchen genügen, und so wurden eben die Friedhöfe durch die wohllose Aufstellung der Denkmäler vollständig verunziert. Es lag auf der Hand, daß, sobald sich jemand fand, der hier eingriff, der Granitindustrie der schwerste Schlag verfehlt werden mußte. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, auf diese Verhältnisse näher einzugehen, sie sollen hier nur erwähnt werden, da sie jedenfalls in dieser Frage eine sehr große Rolle spielen. Den Unternehmern wurde durch diese moderne Bewegung eine gewisse Reserve in der Herstellung von Denkmälern aufgelegt. Es ist nicht gut möglich, größere Lager von Grabdenkmälern auf Lager herzustellen, da man doch erst wieder die neuesten Entwürfe der Künstler abwarten muß. Es ist keineswegs damit gesagt, daß vielleicht die Unternehmer allein die Leidtragenden sind, den Hauptschaden haben die Arbeiter, die ihre Arbeitskraft nicht voll ausnutzen können, während andererseits, wenn die Aufträge sich häufen, sie gezwungen sind, permanent Ueberstunden zu machen. Der Unternehmer wird stets bestrebt sein, seine Maschinen soviel als möglich auszunutzen, er wird versuchen, die wenigen Aufträge mit den Maschinen herzustellen, damit nur diese voll beschäftigt sind, und es muß schon schlimm kommen, bis auch der Maschinenbetrieb eingestellt wird.

Auch die Zollpolitik spielt in dieser Frage eine sehr große Rolle. Haben wir doch erst kürzlich davon gelesen, daß eine größere Firma des Fichtelgebirges in Paris einen Schleifereibetrieb errichten will, um den Zoll, der von der französischen Regierung auf polierte Steinmetzarbeiten gelegt wurde, zu umgehen. Auch die Granit-Aktiengesellschaft Kunstedel hat in Asch (Böhmen) eine Schleiferei errichtet, die sehr mit Aufträgen versehen sein soll, während in den Betrieben des Fichtelgebirges wenig Aufträge vorliegen. Das sind alles Faktoren, die dazu beitragen, die Krise in der Granitindustrie noch zu verschärfen. Es mögen noch andre Faktoren mitspielen, wie z. B. das Maschinenwesen u. dergl., doch soll hier nicht weiter darauf eingegangen werden.

Es ist klar, daß unter diesen Umständen bei Lohnbewegungen nicht das erreicht werden kann, was von unsern Kollegen gewünscht wird, und daß nun derjenige, der sich um die allgemeinen Verhältnisse wenig kümmert, glaubt, daß unsere Funktionäre nicht ihre volle Schuldigkeit getan haben. Es wird so gerne auf die Erzählungen unserer alten Kollegen Bezug genommen, die von dem „goldenen Zeitalter“ der Steinhaue berichten können. Die Zeiten, wo die Kinder der Steinarbeiter mit „Talern“ spielten, sind längst vorüber und werden auch nicht wieder kommen. Es muß aber auch noch bedacht werden, daß heute noch Tausende von Steinarbeitern der Organisation fernstehen, die für uns ein Hemmnis bei Lohnbewegungen bilden. Diese zu gewinnen, muß unsere Aufgabe sein. Sehen

wir uns nur in unserm engeren Kreis um, so werden wir noch genug organisationsfähige Kollegen finden, die erst noch gewonnen werden müssen. Es war allerdings der Fall in früherer Zeit, daß die Granitsteinhaue von den Unternehmern gesucht wurden, da eine sehr große Nachfrage danach war, aber heute ist das anders geworden, heute stehen sich die Arbeiter in scharfer Konkurrenz gegenüber, und nur die Organisation ist imstande, hier ausgleichend zu wirken.

Die „Allgemeine Steinsetzerzeitung“ und die Pflastersteinzollfrage.

Der Vorsitzende des Steinsetzerverbandes, Genosse Knoll in Berlin, schreibt in der genannten Zeitung (Nr. 8, 9. April 1911): „Eine Lebensfrage des deutschen Steinsetzergewerbes war es, über die am 1. April im deutschen Reichstag verhandelt wurde. Und wenn es nach dem Willen des schwarzblauen Blocks gegangen wäre, dann teilten heute die Arbeiter des Steinsetzergewerbes das Schicksal ihrer Massengenossen in der Tabak- und Zündholzindustrie, die zum größten Teil durch die Zoll- und Steuerpolitik des schwarzblauen Blocks in Arbeitslosigkeit und Elend gejagt worden sind. Alle Redner der Konservativen, Freikonserverativen, Nationalliberalen und des Zentrums, die letzteren ganz besonders, waren sich darin einig, daß die schwedischen Pflastersteine mit einem Zoll belegt werden müssen und man hat durch Annahme entsprechender Resolutionen der Regierung den Weg gewiesen, den sie nach der Meinung der schwarzblauen Mehrheit zu gehen hat. Daß die Regierung, die doch schutzwillig bis auf die Knochen ist, in diesem Falle der Weisung des schwarzblauen Blocks nicht folgt, das sollte eigentlich doch auch für diesen Beweis genug sein, daß hier außerordentlich hohe und wichtige Interessen auf dem Spiele stehen. Es hieße dieser Regierung ein wirklich unverdientes Vertrauen entgegenbringen, wollte man annehmen, daß dieselbe sich lediglich vor dem Gedanken hätte leiten lassen, das Steinsetzergewerbe vor dem drohenden Ruin zu bewahren. Schwerer sind bei ihren Erwägungen vielleicht schon die Interessen der vielen deutschen Städte in die Waagschale gefallen, die ja allerdings bei Einführung des Pflastersteinzolles ganz erheblich bluten müßten. Aber das ist ja in vielen andern Dingen, die dem schwarzblauen Block zu verdanken sind, auch der Fall. Die maßgebenden Parteien dieses Blocks sind ja geschworene Feinde der Großstädte und des Verkehrs überhaupt. Ausschlaggebend für die ablehnende Haltung der Regierung ist jedenfalls das Bestreben gewesen, überhaupt einen Handelsvertrag mit Schweden zustande zu bringen, und dieses hätte einem solchen, der seine Pflastersteinausfuhr durch einen Zoll lahmlegte, nicht zugestimmt oder es hätte Repressivmaßnahmen ergriffen (Ausfuhrzoll auf Eisenerz), die die Interessen der deutschen Eisenindustrie in ganz ungeheurer Weise geschädigt hätten.“

Wenn wir also nach irgendeiner Seite Dank schuldig sind dafür, daß das drohende Verhängnis am deutschen Steinsetzergewerbe mit knapper Not noch einmal vorübergegangen ist, so schulden wir diesen Dank nicht der Regierung des schwarzblauen Blocks, sondern dem zufälligen Zusammenwirken einer Reihe von wirtschaftlichen Tatsachen, in denen das Steinsetzergewerbe nicht einmal die entscheidende Rolle spielt.

Zum Schluß noch einen Hinweis politischer Natur an unsere Leser. Die Geschichte des Pflastersteinzolles beweist uns, wie leicht durch das Veto einer nicht nach sachlichen, sondern nur nach politischen Motiven handelnden Reichstagsmehrheit durch einen einfachen Beschluß ein blühendes Gewerbe dem Ruin überliefert werden kann. Es ist auch durchaus logisch, daß diese Mehrheit aus denselben Parteien besteht, die dem deutschen Volke den Zolltarif, die Reichsversicherungsordnung und dem Arbeiterkammergesetz der arbeitenden Klasse auch noch die letzten Rechte der Selbstverwaltung zu rauben. Es sind das die Konservativen, Antisemiten, Nationalliberalen und — natürlich — das Zentrum. Das Zentrum wiederum ist die Nährmutter der „christlichen“ Gewerkschaften.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Preussische Staatsbahnverwaltung und Schienenbestellungen. — Fiskus und Beitritt zum Kohlenyndikat. — Die jüngsten Montanfusionen. — Finanzkapital und Kartellierung.

Eine Herrenhausdebatte zeigte neulich wieder recht deutlich, wie verschiedene Unternehmer und Arbeiter bei Staatsbestellungen behandelt werden. Herr v. Gwinner, der auch politisch sehr einflußreiche Direktor der Deutschen Bank sowie Geld- und Bahnmittler der türkischen Regierung, forderte die preussische Staatsbahnleitung zu rascherem Streckenausbau mit modernen, schweren Schienen, das heißt zu umfangreicheren Bestellungen und Aufträgen, auf „ehe uns die Hochkonjunktur über dem Kopfe zusammenschlägt“. Das klingt wie eine vorbeugende Warnung vor späteren höheren Preisen. Nur wird die Angelegenheit dadurch wesentlich verwickelter, daß die preussische Eisenbahnen durch den Vertrag vom Jahre 1910 bis zum Ablauf des Stahlwerkverbandes gebunden, und zwar an verhältnismäßig recht hohe Preise gebunden sind. Die Schienenwalzwerke sind eingestandenemmaßen gegenwärtig nur mäßig beschäftigt, sie würden sich zweifellos augenblicklich zu Preisnachlässen verstehen, aber sie haben ihren Löwenvertrag in der Tasche, jede Mehrbestellung des Staates fällt zunächst unter die vereinbarte günstige Preisskala. Vorteilhaftere Bedingungen könnte die Staatsbahnverwaltung nur bei Lieferungen erreichen, für die nach dem Ablauf des jetzigen Vertrages eine neue, niedrigere Preisbasis zustande zu bringen wäre. Möglich wäre allerdings auch, daß alsdann, im Falle vollster Hochkonjunktur und bei glücklicher Erneuerung des zurzeit etwas nachlässigen Stahlwerkverbandes, mit noch höheren Preisforderungen der Stahlwerke gerechnet werden müßte. Von anderer Seite wird deshalb als Ausweg empfohlen: daß der Verband eine Herabsetzung der seinerzeit vereinbarten, nach der Gegenwartskonjunktur übermäßig profitablen Preise zugestimmt, und daß als staatliche Gegenleistung hierfür die Aufgabe größerer Bestellungen in der Tat erfolgt.

Mag der eine oder der andre Weg beschritten werden, bemerkenswert bleibt unter allen Umständen, wie fest die kapitalistischen Verbände das Heft in Händen halten, und wie planmäßig man sich um den Gewinn des beteiligten Kapitals sorgt, sowohl seitens der Regierungen wie seitens der Parlamente. Wo bleibt jedoch die entsprechende Fürsorge für den Lohn der nicht minder beteiligten Arbeiter? In andern Ländern ist man in der Einigung von Mindestlohn- und andern Lohnklauseln in die staatlichen und kommunalen Lieferungsverträge längst viel weiter vorwärts gekommen. Bei uns bleiben solche Forderungen noch immer jenseits des Horizonts der Parlamentsmehrheiten und der Regierungen, die zwar selbst die preiswucherischen Unternehmerverbände häufig genug schon als Notwendigkeiten beurteilen, denen aber alle Arbeiterorganisationen nach wie vor ein Greuel bleiben.

Kennzeichnend war in dieser Beziehung auch der Beschluß der Budgetkommission des preussischen Landtages: die Regierung solle erwägen, unter welchen Bedingungen sie mit ihrem Grubenbesitz dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat beitreten könne. Da der Fiskus, besonders nach dem verunglückten Sibernia-Feldzug, schon in Schlepptau des Syndikats schwamm, so brauchte man in der Anregung und in deren Erfüllung keine neuen Gefahren zu wittern; unter Umständen könnte ein allgemeinerer staatlicher Einfluß innerhalb des Syndikats sogar besser zur Geltung gebracht werden wie außerhalb. Neugierig darf man jedoch auf die Sonderbedingungen

sein, unter denen der Staat beiträgt, zu Umlagen herangezogen werden kann für Zwecke, die ihm unter Umständen ganz fremd sind, und auf Aehnliches weiter noch.

Unterdes reißt sich auf dem Montangebiet wieder einmal eine Fusion an die andre. Die Interessengemeinschaft zwischen dem Kruppunternehmen und der Westfälischen Drahtindustrie, Akt.-Ges., ist jetzt von der Generalversammlung des verschlungenen Wertes gutgeheißen worden. Bei letzterem wiederholte sich das alte Klagestück der reinen Walzwerke; man hatte mit immer fühlbareren Schwierigkeiten im Bezuge des Halbzeuges zu kämpfen, und mußte sich deshalb entschließen, ob man die Fusion mit einem Hüttenwerke vorziehe, oder ob man unter großen Kapitalaufwänden und bei nicht geringem Risiko selber das eigene Hoheisen und Halbzeug herstellen wolle. Die Fusion gewissermaßen in entgegengekehrter Richtung, das heißt unter vollständiger Unterordnung der Hochofenbetriebe, vollzog dagegen das hervorragende Qualitätswalzwerk Fafssoneisenwalzwerke L. Mannfiedt u. Co.; das unter einer Kapitalerhöhung um 4½ Millionen Mark die nahegelegene Friedrich-Wilhelms-Hütte (Siegen-Rheinische Hütten-Aktiengesellschaft) anfiel, weil ein Gemischtwerk eine bessere Rentabilität der Gesamtanlage verspreche. Endlich will das vielgenannte Eisenwerk Kraft bei Stettin, dessen Großaktionär, Fürst v. Donnersmard, eine Zeitlang sehr kriegerisch gegen das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat auftrat, die Rheinische Bergbau- und Hüttenwesen-Akt.-Ges. (gen. Niederrheinische Hütte) erwerben, gleichfalls unter eigener Kapitalerhöhung, nämlich von 7 auf 18 Millionen Mark.

Die Urteile über dieses Projekt lauten sehr verschieden, und die eine wie die andre Fusionsart entspräche einer oft beobachteten Entstehungsweise von kapitalistischen Verschmelzungen. Die optimistischeren Darstellungen weisen darauf hin, daß das Kraftwerk ein reiner Hochofenbetrieb sei, während die Niederrheinische Hütte zugleich Verfeinerungsbetriebe umfasse; beide sollen sich in Zukunft ergänzen, womöglich unter weiterer Angliederung eines Rohlenbergwerks, da der Besitz von eigenen Kohlen für die großen Hütten immer mehr zum Bedürfnis geworden sei. In ganz anderm Lichte hingegen erscheint das Vorgehen dem Berliner Tageblatt:

„Das Eisenwerk Kraft in Kragwed bei Stettin, ein reines Hoheisenwerk, das dank seiner Lage an der Wasserlande bisher sehr gute Erträge abgeworfen hat, soll mit der Rheinischer Bergbau- und Hüttenaktiengesellschaft bepackt werden — einem bei Duisburg domizilierenden Unternehmen, das neben dem Hochofenwerk ein Stahlwerk und eine Gießerei hat, also eine Art gemischter Betrieb ist. Die Erfolge der Rheinischen Bergbau- und Hüttenaktiengesellschaft waren bisher sehr gering, so daß technische und finanzielle Reorganisationen notwendig wurden. Fürst Donnersmard, mehr Geschäftsmann als Feudalherr, hat 13 bis 14 Millionen Mark hineingesteckt und mag nun den Wunsch haben, sein Geld zurückzubekommen. Die ist das anzustellen? Mit neuen Aktien der Rheinischen Bergbau- und Hüttenaktiengesellschaft konnte nicht viel bekommen werden; die war zu sehr diskreditiert — ergo verbindet man die Duisburger Gesellschaft mit der Stettiner, deren Aktien sehr „kurante Ware“ sind. Das Publikum lechzt ja förmlich nach neuen Industriepapieren. Mitin ist allen Zeiten geholfen, dem Fürsten, der sein Geld mobilisieren will, den Banken, die ihrerseits wieder ein Interesse an dieser Mobilisierung haben, und dem Publikum, das nach neuen Werten schreit. Fragt sich nur, ob nicht eines Tages der Regenjammer nachkommen und das Kraftwerk ob der unnatürlichen Paarung einen Schwächeanfall erleiden wird. Jedenfalls wirft die ganze Transaktion grelle Schlaglichter auf die Art und Weise, unter welchen Gesichtspunkten heutzutage „fusioniert“ wird.“

Nach manchen Mitteilungen hätten übrigens ähnliche, rein „finanzkapitalistische“ Motive auch bei der Mannfiedt-Fusion mitgeplayt. Der Schaaffhausensche Bankverein in Köln, der Gläubiger der Siegen-Rheinischen Hütten, die es bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark bis zum 30. Juni 1910 glücklicherweise auf eine Unterbilanz von 1½ Millionen Mark brachte. Durch die Fusionierung würde also in erster Linie die Großbank ihren Stand verbessern, während das vorgeschobene Produktionsunternehmen seine Interessen wahrscheinlich besser hätte wahren können, wenn es nicht unter diesem Bankeinfluß stände. Die Rolle, die das amerikanische Finanzkapital bei den dortigen Trustbildungen spielt, ist unsern Großbanken und Finanzkräften, wie man sieht, gleichfalls nicht fremd.

Berlin, 19. April 1911.

Max Schippel.

Stockholmer Wirtschaftsrechnungen.

Eine lehrreiche Verbrauchsstatistik hat das statistische Amt von Stockholm (Schweden) veröffentlicht, über deren Ergebnisse in den Jahrbüchern für Nationalökonomie berichtet wird. Die Untersuchung legt die genauen Haushaltsbücher von 150 Familien zugrunde, die über ein Budget von 1200 bis 1500 Kronen verfügten (1 Krone = 1.12 Mk.).

Die Zahl der Wohnräume steigt — die Küche = ½ Mann gerechnet — von 1,9 auf der niedrigsten Einkommensstufe bis zu 4,5 auf der höchsten. Berücksichtigt man die Zahl und Bedürfnisse der Familienmitglieder, indem man sie nach Alter und Geschlecht bewertet (Kinder = 0,1 bis 0,5, männliche 15—16 Jahre = 0,7, 17—18 Jahre = 0,9, 19 Jahre und älter = 1,0 usw.), so ergibt sich, daß auf den Stufen bis zu einem Einkommen von 3000 Kronen die Zahl der „Konsumtionseinheiten“ ziemlich gleich bleibt, und erst bei den höheren Einkommen eine Vergrößerung der Wohnung eintritt.

Das „Einkommen aus Arbeit“ beträgt bei den geringsten Einkommen 96,8 Prozent, der Anteil sinkt mit dem wachsenden Einkommen auf 87,2 Prozent. Es zeigt sich also, daß schon bei mittleren Einkommen ein immerhin beträchtlicher Teil nicht aus Arbeit fließt.

Die Verteilung der Ausgaben auf die verschiedenen Bedürfnisse ergibt die bekannte, die Ungerechtigkeit der Verbrauchsabgaben verschärfende Erscheinung, daß die Einkommen in um so höherem Maße für die notwendigen Lebensbedürfnisse verwendet werden, je niedriger sie sind. Bei Einkommen von 1200 bis 1500 Kronen wird fast genau die Hälfte für Nahrungsmittel und Genussmittel verbraucht, bei Einkommen von 4000—5000 Kronen nur noch 35,33 Prozent, also etwas über ein Drittel. Nicht ganz so stark ist die gleiche Erscheinung bei der Wohnung: 19,31 Prozent auf der untersten Stufe, auf den folgenden ziemlich gleichbleibend, bei den höchsten der berücksichtigten Einkommen auf 17,43 Prozent fallend. Dagegen wachsen die Ausgabenanteile mit dem Wohlstand bei der Bekleidung und bei den geistigen Bedürfnissen; doch verbrauchen die besser Gestellten einen geringeren Teil ihres Einkommens für Schuhwerk als die Armen, nur bei den Kleidern steigen die Ausgaben gemäß den Einkommen beträchtlich. Auch für Vergnügungen wird in den oberen Stufen ein größerer Teil des Einkommens ausgegeben als bei den unteren.

Der Verbrauch von Butter, Fleisch, Geflügel, Wild und Eiern steigt mit dem Einkommen, dagegen sinkt der Verbrauch von Schmalz und Fett. Bei den niedrigsten Einkommen wird nur 97,44 Kilogramm Fleisch, bei den höchsten dagegen 249,92 Kilogramm verbraucht, während an Fett und Schmalz auf der untersten Stufe 6,40 Kilogramm, auf der obersten nur 1,55 Kilogramm konsumiert wird. Je weniger Geld, desto verhältnismäßig größerer Aufwand für Nahrung bei absolut quantitativ und qualitativ geringerem Konsum. Es ist ein besonderer Vorzug dieser Stockholmer Statistik, daß sie klar auch die qualitative Verschlechterung der Nahrung für die Ärmern beweist. Auf der untersten Stufe wird zum Beispiel für frisches Schmalzfleisch 1 Krone (1 Kilogramm) bezahlt, auf den beiden höchsten

Stufen 1.26 und 1.28 Kronen. Beim Schweinefleisch leisten sich die kleinsten Existenzen ein Kilogramm für 0.91 Kronen, während die Vermöglichen 1.53 Kronen aufwenden. Es zeigt sich übrigens, um wie viel billiger das Fleisch in der Hauptstadt Schwedens als in Deutschland ist.

Der Arbeiter der Stockholmer Statistik vergleicht schließlich den durchschnittlichen Verbrauch einer deutschen und einer Stockholmer Familie, ein Vergleich, der wieder zeigt, wie elend man in Deutschland lebt. Man lese die folgenden Verbrauchszahlen sorgsam:

	Deutschland	Stockholm
Fleisch (Kilogramm)	36,4	121,6
Brot (Kilogramm)	27,5	19,6
Butter (Kilogramm)	32,5	32,5
Fett u. Margarine (Kilogramm)	26,8	14,1
Eier (Stück)	362	518
Kartoffeln (Liter)	809,8	392,8
Kaffee (Kilogramm)	13,6	17,2
Milch (Liter)	466,2	896,7

Die Stockholmer Familien genießen also Fleisch, Eier, Milch; dagegen die deutschen in großem Maße Kartoffeln und Margarine.

Gesunder Egoismus.

In einer Zeit, wie der heutigen, in der sich ein krasser Materialismus auf allen Gebieten bemerkbar macht, wird mit dem Worte Idealismus ein großer Unfug getrieben. Das kapitalistische Ausbeutertum liebt es, sich als Vertreter des Allgemeinwohls aufzuspielen, und das Agrarierturn hüllt sich in den Mantel des Patriotismus und der schwarz-blaue Blod produziert sich als Schützer von Moral und Religion. Es eklekt einem an, wenn man sehen muß, wie diese heuchlerische Sippchaft die idealen Güter unfres Volkes als Aushängeschild benutzt, um sich hinter dieser Kulisse mit dem Eifer eines Hamsters die Taschen zu füllen. Und wenn sie obendrein noch die Freiheit besitzt, andern Leuten materialistische Gefinnung zum Vorwurf zu machen, so erscheint es angebracht, einmal der Sache auf den Grund zu gehen.

In der „Deutschen Arbeiterzeitung“, deren Macher und Hintermänner bekanntlich von Idealismus förmlich triefen, wird mit einer Zähigkeit, die eines besseren Zweckes würdig wäre, immer und immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß sich in der modernen Arbeiterbewegung ein krasser Materialismus und Egoismus bemerkbar mache; es sei ein listiges Gaukelspiel, wenn man vom Idealismus und Solidarismus spreche, um dadurch das wahre Wesen des modernen Sozialismus zu verhallen; in der Wirklichkeit peiffe der sozialdemokratische Wöbel auf alle Ideale, wenn er nur seine sinnlichen, tierischen Instinkte befriedigen könne. Auch in liberalen Zeitungen, die gegenüber dem Sozialismus eine gewisse Neutralität bewahren, kann man hin und wieder lesen, daß die moderne Arbeiterbewegung immer mehr zum Materialismus hingedrängt werde und dadurch die modernen Kulturrerungen in Frage stelle. Und zwar sei diese Entwicklung eine Folge des Gewerkschaftsgeistes, der in der sozialistischen Bewegung immer mehr Boden gewinne.

Was den letzten Satz anbelangt, so ist es allerdings richtig, daß der gewerkschaftliche Geist, d. h. der Geist praktischer Gegenwartigkeit, die Weltanschauung und die Tätigkeit des Sozialismus stark beeinflusst. Diese gegenseitige Befruchtung der gewerkschaftlichen und sozialistischen Idealkreise und Arbeitsgebiete erklärt sich ganz einfach daraus, daß das sozialistische Proletariat aus dem Wollenkuckuckshelm der Utopie auf den Boden der Wirklichkeit herabgestiegen ist und sich jeden Fußbreit sozialen Neulands mit zäher Arbeit erobern will. Falsch ist aber, daß dies im Geiste des Sozialismus betriebene Gewerkschaftsarbeit die Kulturentwicklung gefährde und den Materialismus großziehe. Das gerade Gegenteil ist der Fall, wie jeder Kenner der deutschen Arbeiterbewegung weiß.

Zunächst und in allererster Linie dient die Gewerkschaftsarbeit materiellen Zwecken, wobei sich auch nicht verkennen läßt, daß sie ihren Ursprung in dem Klassenegoismus hat. Die Lage der Arbeiter in materieller Beziehung war und ist eine derartig gebrühte, daß eine Besserung dringend wünschenswert erscheint. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind vielfach noch geradezu elend, die Lebenshaltung breiter proletarischer Schichten ist noch sehr niedrig, wozu noch die Lebensmittelerhöhung der letzten Jahrzehnte hinzukommt. Darf man sich da wundern, daß das organisierte Proletariat mit aller Energie danach strebt, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen? Hat man da wirklich ein Recht, den gesunden Egoismus der Gewerkschaften zu tadeln, der sich in dem Ringen um eine gute, auskömmliche Existenz äußert? Dieser Materialismus und Egoismus hat aber keineswegs das Verständnis für geistige und künstlerische Kultur erdötet, im Gegenteil, er hat erst den Boden für eine erfolgreiche Kulturarbeit geschaffen. Das materielle Wohlfinden einer Klasse ist bekanntlich die Vorbedingung für das Interesse an geistigen und künstlerischen Genüssen. Solange eine Gruppe von Menschen noch im Elend sitzt und genötigt ist, um die nackte materielle Existenz einen verzweifeltsten Kampf zu führen, so lange kann natürlich von einer Kulturarbeit noch keine Rede sein, erst wenn die Menschen anfangen, sich aus dem Sumpfe körperlichen Elends herauszuarbeiten, erwacht das Interesse für Bildung, Wissen und Kunst und entbrennt der Kampf um soziale Gleichstellung und politische Gleichberechtigung. Darum war es eine sehr richtige Taktik der Gewerkschaften, daß sie sich auf den Boden der heutigen Wirtschaftsordnung stellten und von hier aus das Unternehmertum zwangen, den Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren und ihnen dadurch eine Erhöhung der Lebenshaltung zu ermöglichen. Der Kampf um die Futterkrippe, wie man dies verzweifelte Ringen genannt hat, war notwendig, damit die Arbeiter in den Kampf um die Kulturgüter eintreten konnten. Es bildet auch heute noch den wichtigsten Teil des proletarischen Emanzipationskampfes, weil ja auch heute noch die wirtschaftliche Lage des Proletariats nur allzuviel zu wünschen übrig läßt. Aber darüber hinaus kämpft der moderne Klassenbewußte Arbeiter mit Hilfe seiner Organisation um seine sozialen und politischen Rechte, um alles Gute und Schöne, was Natur und Kultur dem Menschen bieten.

Man betrachte nur die Kulturarbeit, die die modernen Arbeiterorganisationen leisten. Sie sind unablässig bemüht, Aufklärung zu verbreiten und den Samen der Bildung auszustreuen. In Tausenden von Vorträgen werden alle Fragen des geistigen Lebens erörtert: man erzählt den Arbeitern von der Entwicklung der Menschheit aus tierischen und halbtierischen Zuständen bis zur Höhe der Kultur, die wir heute erklommen haben, man läßt die sozialen Kämpfe der Vergangenheit vor dem Auge des Zuhörers vorüberziehen und man gewährt ihm auch einen Einblick in die Klassenkämpfe der Gegenwart, man weckt und fördert das Verständnis für die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge der modernen Gesellschaft, man behandelt Kapitel aus dem Gebiete der Naturwissenschaft und auch zu den Schätzen der Literatur verschafft man den Arbeitern Zutritt. Nicht minder auch erstreckt sich die Tätigkeit der modernen Arbeiterorganisationen auf das Gebiet der schönen Künste und auch den Genuß von Naturschönheiten will man dem Proletarier wieder ermöglichen. So mühen sie sich unablässig um die geistige Hebung und menschliche Bildung der Arbeitermassen, die sie sich sonst kein Mensch in der weiten Welt, weder Saat, noch Erde, noch Gemeinde, kümmert. Und wenn wir heutzutage hier und da auch in bürgerlichen Kreisen Ansätze zu einer ähnlichen Tätigkeit bemerken, so sind das nur Nachahmungen und Konkurrenzunternehmungen proletarischer Bildungsarbeit.

Aber nicht nur Kopf und Gemüt der Arbeiter sollen geblüht werden, sondern auch der Wille soll gestählt und der Charakter soll gefestigt werden. Vor allen Dingen aber pflanzen die Arbeiterorganisationen das Solidaritätsgefühl in die Herzen ihrer Mitglieder, sie lehren Disziplin und Treue gegen die Kameraden und Genossen und die opferfreudige Liebe erklären sie für die höchste Pflicht eines organisierten Arbeiters. Sie denken nicht daran, den gesunden Egoismus und die Sorge für das eigene Interesse zu erhöhen, aber was sie fordern, das ist eine Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe anderer Menschen. Und da gibt es noch kapitalistische Goldschreiber, die der modernen Arbeiterbewegung eine materialistische Gefinnung und eine egoistische Handlungsweise zum Vorwurf machen! Entweder kennen diese Leute nichts von der Sache, oder sie sind gemeine Verleumder — ein Drittes gibt es nicht.

Korrespondenzen

Berlin. Der Generalversammlung, die am 13. April in den Rastlerfeldern stattfand, lag der Bericht der Ortsverwaltung vom 1. Quartal 1911 vor. Der Mitgliederbestand hat sich gehoben; während man zu Anfang des Quartals 855 Mitglieder zählte, erhöhte sich diese Zahl im Laufe der Berichtszeit auf 953. Eingetreten waren 168. Nach einer Statistik, die Mitte März vorgenommen wurde, sind in der Steinindustrie etwa 1230 Personen beschäftigt. Von 500 Sandsteinarbeitern waren 425 organisiert; von 450 Marmorarbeitern waren 350 organisiert, von 180 Grabsteinarbeitern waren 125 organisiert. Die restierenden 100 kommen für Organisationsbestrebungen überhaupt nicht in Betracht. In der Sektion I ist der Tarif gut durchgeführt, in der Sektion II sieht man dem Abschluß eines Tarifvertrags entgegen. — Die gedruckt vorliegende Abrechnung vom 1. Quartal zeigt eine Einnahme von 18 490,54 Mk., eine Ausgabe von 6089,20 Mk., somit verbleibt ein Bestand von 12 401,34 Mk. Am Anfang des Quartals betrug der Bestand 11 991,59 Mk. Für Unterstützungszwecke wurden unter andern ausgegeben: 1131 Mk. an Kranke aus der Hauptkasse und 240 Mk. aus der Lokalkasse, 174 Mk. an Reisende aus der Hauptkasse und 103 Mk. aus der Lokalkasse, 60 Mk. in Sterbefällen aus der Hauptkasse und 70 Mk. aus der Lokalkasse. — Auf Antrag der Revisoren wurde der Geschäftsführung Decharge erteilt. — Zur Frage der Waiseier nahm die Versammlung gegen zwei Stimmen einen Antrag des Vorstandes und der Platzretreter an, daß der 1. Mai durch allgemeines Arbeitsruhe gefeiert werde. Der Vorsitzende Winkler machte darauf aufmerksam, daß es Pflicht aller Anwesenden sei, für diesen Beschluß nach Kräften zu agitieren. — Eine längere und manchmal erregte Diskussion brachte der 3. Punkt der Tagesordnung, die Affordarbeit in der Kunststeinindustrie betreffend. Die Affordarbeit sowie das Zwischenmeisterstystem wurden scharf verurteilt. Man wies auf den Beschluß der Organisation hin, daß Kunststein nur im Tagelohn bearbeitet werden darf, und beklagte, daß dieser Beschluß oftmals mißachtet wird. — Die Organisationszugehörigkeit der Kunststeinarbeiter, die in großer Zahl zum Fabrikarbeiterverband gehören, wurde ferner noch besprochen. Die Zentralvorstände der beiden Verbände werden sich mit der Angelegenheit beschäftigen, um eine Regelung herbeizuführen.

Darmstadt. Am 7. April 1911 fand die Generalversammlung statt. Dieselbe war erfreulicherweise sehr gut besucht. Am 11. April trat unsere Lohnkommission in Kraft und es konnte diesmal ein Tarif abgeschlossen werden. Wenn auch nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gingen, so ist doch ein Teilerfolg zu verzeichnen. Haben wir doch unsern Stundenlohn von 52 Pf. auf 55 Pf. erhöht; am 12. April wurde unser Tarif vor dem Gewerbegericht festgelegt bis 1. April 1912. Gleich darauf beriefen wir eine Versammlung auf Mittwoch, den 12. April, ein, um die Kollegen zu unterrichten. Leider war diese schlecht besucht. Gleichzeitig läßt sich unser Steinmetzmeister Karm etwas unwohl, macht er sich doch auch schon wieder die größten Beleidigungen gegen seine Gesellen schuldig. Dann ist auch der Steinmetzpolier Endes bei Holzmann, Frankfurt a. M., kein so netter Mann gegen die Arbeiter, wie er es sein soll.

Emmendingen. Am 12. April tagte im Gasthaus zum Fuchsen unsere Generalversammlung, welche gut besucht war. Bei Punkt 1 gab Kassierer Köstel die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt, welche ein befriedigendes Resultat ergab. Punkt 2, Neuwahl der Vorstandskasse, brachte das erfreuliche Ergebnis, daß sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden. — Zu begreifen ist es auch, daß sich wieder mehrere Kollegen vom Platz Nebmann (Altmendberg) in den Verband aufnehmen ließen; sie werden es sicher nicht zu bereuen haben, daß sie in unsre Reihen getreten sind und sich mit uns solidarisch erklärt haben. Hoffentlich ahmen die der Organisation noch fernstehenden Kollegen dieses gute Beispiel nach und schließen sich uns an, es ist ja nur ihr eigener Vorteil. Hat doch schon ihre Erklärung, in den Verband einzutreten, nach oben gewirkt, und sie werden dann sicher nicht mehr unter tarifmäßiger Bezahlung zu arbeiten brauchen, wie dies bisher der Fall war. Die Kollegen möchten wir auch noch an dieser Stelle ersuchen, etwas mehr auf das Befolgen der Bundesratsverordnungen zu dringen. Zustände, wie sie auf manchen Plätzen, z. B. Platz Wangler, herrschen, sind einfach unerhört. Hoffentlich wird bald Abhilfe geschaffen. Zuletzt seien die Kollegen ermahnt, die Zeit zur Agitation fleißig zu benutzen, damit die uns noch fremd gegenüberstehenden Steinmetzen für die Organisation gewonnen werden. Unfre Parole sei vorwärts.

Hamburg I. Die Steinarbeiter hielten am 14. April eine von 70 Mitgliedern besuchte Versammlung im Restaurant Vorwärts ab. In den Verband wurden 3 Kollegen aufgenommen. Der Kassierer teilte mit, daß sich der Kassenbestand um 200 Mk. gegen das vorhergehende Quartal erniedrigt hat und noch 2618,35 Mk. beträgt. Die Abrechnung der im Juli 1910 gegründeten Arbeitslosenkasse zeigt, daß man auch mit wenigem schon etwas für das Wohl der Mitglieder leisten kann. Bei einer Einnahme von 1854 Mk. sind in zwei Monaten 862 Mk. für Unterstützung ausgezahlt worden. Der Kassenbestand beträgt 992,35 Mk. Im vergangenen Winter waren oft über 20 Kollegen zu unterstützen. Die Arbeitslosigkeit ist auch zurzeit nicht besonders günstig, trotz einer Anzahl größerer Bauten. Die Tarifkommission gibt bekannt, daß sie in einer neueren Zusammenkunft mit den Unternehmern versucht hat, eine Erhöhung des Stundenlohns zu erreichen. Die Arbeitgeber erklären, nicht in der Lage zu sein, Lohnerhöhung zu gewähren, auf Grund der Abmachungen von 1909. Die Tarifverhandlungen sollen in aller Kürze erledigt werden. Die Anwesenden erklärten sich mit dem Verhalten der Kommission einverstanden. Zur Feier des 1. Mai liegt eine Resolution des Gewerkschaftsartikels vor, wonach möglichst alle Arbeiter die Arbeit ruhen lassen sollen. Antragsgemäß wird beschlossen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Dem im Streit stehenden Kieler Kollegen werden 100 Mk. als erste Unterstützungsräte überwiesen. Der Versammlung wird mitgeteilt, daß vor kurzer Zeit bei der Firma Norden u. Sohn ein Teil schon länger im Betrieb beschäftigter Steinmetzen wegen Arbeitsmangels entlassen wurden. Kurze Zeit darauf wurde aber ein Kollege Ulrich eingestellt. Zum Schluß wird die Anschaffung eines Verbandschranks im Werte von 50 Mk. gutgeheißen.

Hemsbach. Am Sonntag, den 9. April, tagte im Lokal Bahnhof-Restaurant eine italienische Bezirksversammlung. Als Referent stellte Kollege Ambrosetti aus Dittenhofen auf. Derselbe hielt aber sein gegebenes Versprechen nicht ein, sondern teilte im letzten Moment mit, daß er nicht erscheinen könne. Da es in diesem Zeitraum nicht mehr möglich war, Ersatz zu schaffen, so mußte Kollege Weidenhammer dafür einspringen. Er führte

den italienischen Kollegen die letzte im Bezirk von Letten des Unternehmertums provozierte Aussperrung vor Augen. Auch verhandelt er es, den italienischen Kollegen die Tendenzen und Unterstützungsbestrebungen des Steinarbeiterverbandes klarzulegen. Ein besonderes Gewicht legte er auf die Einhaltung der Bundesratsverordnung. Dieselbe wurde in italienischem Druck an die Kollegen verteilt. Der Kollege Cosmo sollte die Ausführungen des Kollegen Weidenhammer übersetzen; er erklärte aber, daß bereits sämtliche Anwesenden alles verstanden hätten. Es wurde der Wunsch geäußert, sich an den Genossen Hoff zu wenden, damit derselbe im Laufe des Sommer das Referat in einer Versammlung übernimmt. Hierauf forderte Kollege Bergbauer die italienischen Kollegen auf, fest zur Organisation zu halten, denn nur dadurch ist es möglich, unsre Lage zu verbessern.

Küßberg. Am 9. April fand beim Gastwirt Behner eine gut besuchte Versammlung statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom letzten Quartal bekannt, der mit 147,99 Mark Einnahme und 47,05 Mark Ausgabe abschließt. Hierauf fanden die Neuwahlen statt. Als Vorsitzender wurde neugewählt Ludwig Feser, als Kassierer wurde wiedergewählt Joseph Härterich. Bei der nun einsetzenden Debatte wurde lebhaft das Verhalten einiger Unorganisierten kritisiert, die auch noch Uneinigkeit unter uns bringen möchten. Auch wurde bittere Klage über das wilde Affordsystem geführt, wie es bei uns noch herrscht. Besonders schlimm ist es in dieser Beziehung auf dem Platz Pfister. Hier wurde am letzten Sonnabend mittag das Preisemachen angefangen, aber es war bis Feierabend noch keine Einigung erzielt, so mußten die Kollegen ohne Geld nach Hause gehen. Die Kollegen sind aber fest entschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Es wurde noch beschlossen, im Falle es zum äußersten kommen sollte, diese Kollegen aus der Ortskasse zu unterstützen.

Neubrunn. Am 9. d. M. fand im Gasthaus zum Löwen die Monatsversammlung der Zahlstelle Rembach-Neubrunn statt, die sehr gut besucht war. Der 1. Punkt betraf die Abrechnung für das 1. Vierteljahr 1911. Dieselbe wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Beim 2. Punkt wurden die Platzverhältnisse einer näheren Betrachtung unterzogen. Dabei wurde besonders Klage geführt über die Zustände, die in den Betrieben der beiden Unternehmer Rämpf und Müller herrschen; besonders die Frühstücksstunden geben zu Klagen Veranlassung. Auch mit dem Zahltaghalten macht es die Firma Rämpf, wie es ihr eben paßt, Perioden von vier bis fünf Wochen und keine Seitenzeit. Hier beläme der Gewerbeinspektor ziemlich Arbeit. Bezüglich der Waiseier wurde beschlossen, diesen Tag zu feiern; der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Auch sind wieder einige Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Offenbach. Am Dienstag, den 11. April, fand hier eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Kollege Duera ermahnte nochmals die Kunststeinarbeiter, ja recht vorsichtig zu sein, da in den jetzt neugegründeten Kunststeingeschäften keine Tarife bestehen. Im 3. Punkt: Lohnbewegung der Kollegen von Fachsenheim, verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Kollegen Starke. Die Kollegen waren mit diesem Brief nicht einverstanden. Unter Punkt Verschiedenes wurde getagt, daß bei der Firma Jung, Kunststeinwerke, die Bundesratsverordnung nicht eingehalten wird. Die Versammlung nahm einen schönen Verlauf. Die Debatte zeigte, daß es die Kollegen sehr ernst meinen, um die Berufsverhältnisse zu bessern.

Rostock. (Schwarze Listen.) Vor einigen Wochen kam hier ein Kollege aus Reichenbach i. D. zugereist und sprach auf dem Platz Lüders wie auch auf dem Platz Heintz um Arbeit zu. Der betreffende Kollege wurde auch eingestellt; etwas später wurde ihm mitgeteilt, daß er nicht anfangen könnte, weil er aus einem Streikgebiet käme. In jüngster Zeit ging es nun einem aus Ziel zugereisten Kollegen auf dem Platz Heintz ebenso. Wir möchten die Kollegen, die aus einem Streik resp. Aussperrungsgebiet abreisen, ersuchen, sich unnötige Reisekosten zu sparen und Rostock zu meiden.

Rahmannsfelden. Am 9. April fand im Gasthaus des Herrn Johann Leizinger unsre Quartalsversammlung mit Abrechnung statt. Kasse und Bücher wurden in bester Ordnung befunden. Die Versammlung sprach dem Kassierer Altmann vollste Anerkennung aus. Hierauf erbatete Altmann, welcher als Delegierter nach Passau gesandt wurde, Bericht über die Bezirkskonferenz. Scharf bekräftigt wurde das Verhalten verschiedener Kollegen, welche immer bestrebt sind, Angriffe auf die Ortsverwaltung und Zermürbungen unter die Mitglieder zu bringen. Die Versammlung zeigte eine so gute Stimmung wie noch nie. Die meisten Kollegen griffen in der Diskussion mit scharfen Worten ein. Nachdem der Vorsitzende Eck die gegen die Ortsverwaltung gemachten Angriffe in ruhiger Weise zurückgewiesen und den Kollegen mit Material das Gegenteil bewies, trat eine stürmische fröhliche Stimmung ein. Gerade heute vor einem Jahre wurde hier der Verband zum drittenmal gegründet. Alle guten Dinge sind drei, sagt ein altes Sprichwort, beherzigen wir dieses und trachten wir danach, unsre Zahlstelle als Bollwerk gegen die Unternehmer auszubauen. Kollegen, denkt an den vergangenen Winter, wo uns die Arbeitgeber mit lachendem Munde mit 18, 20 und 22 Mark pro 14 Tage nach Hause schickten, unbekümmert darum, ob unsre armen Frauen und Kinder auch nur ein Stück Brot zu essen hatten. Kollegen, wenn in nächster Zeit eine Aufforderung zur Versammlung erfolgt, so folge ein jeder diesem Ruf und helfe dazu, unsern Unternehmern ein bis hierher und nicht weiter zuzufügen zu können.

Zabergäu (Württemberg). Seit einigen Jahren wird durch die Gänseleitung, unterstützt durch die Kollegen von Offenburg, der Versuch gemacht, im Zabergäu dem Organisationsgedanken Eingang zu verschaffen. Dieses Frühjahr wurde nun wieder ein neuer Versuch unternommen; galt es doch, den Widerstand der Pfaffenhofener Kollegen zu schwächen. Es wurde eigens ein Flugblatt geschrieben und verbreitet. Am Sonntag, den 9. April, fand nun eine Versammlung in Güglingen statt. Es waren dazu Kollegen aus vielen umliegenden Orten, auch aus weiter Entfernung, aber meist organisierte, erschienen. Nur Weiler und Pfaffenhofen glänzten durch Abwesenheit, obwohl die Vorarbeit gewissenhaft durchgeführt wurde. Kollege Braun referierte über: Die Ziele und Bestrebungen des Steinarbeiterverbandes. Er zeigte in klaren Zügen die Zusammenhänge unfres Wirtschaftslebens und übergehend auf die speziellen Berufsverhältnisse wies er auf die Erfolge des Steinarbeiterverbandes hin, die nur durch zähes, unerfütterliches Zusammenhalten möglich gewesen seien. Zum Beispiel sei der Achtstundentag, der vor 20 Jahren noch als Utopie erklärt wurde, heute zu einem erheblichen Teil schon durchgeführt. Ebenso die neunstündige Arbeitszeit, die gesetzlich für uns existiert, sei aufs Konto der Organisationsarbeit zu setzen. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen. Eine Anzahl Kollegen traten dem Verbande bei.

Steinlieferungen.

Folgende Ausschreibungen seien hervorgehoben:
 Eisenbahnbetriebsamt II in Kassel. Für die Pflasterung der neuen Kopfladerampe im Bahnhof Bettenhausen, Straße Wilhelmshöhe-Waldtappel: L. I. 550 Quadratmeter Pflastersteine aus Sandstein und L. II. 300 Quadratmeter Basaltpflastersteine.
 Eisenbahnamt Greiz. Lieferung von Reithenpflastersteinen für Bahnhof Gera-Neuß-Greiz, Greiz-Adelsdorf und Weidau-Rastab.

Gebäudebauamt Mannheim. Für den Neubau der Hauptfeuerwache: 1. Ausführung der Steinbauarbeiten der Keller- und Erdgeschosse in Granit, 2. Ausführung der Steinbauarbeiten der Sockel- und freistehenden Pfeilerstücke in Granit, 3. Ausführung der Steinbauarbeiten in hellfarbigem, gelblichem oder ähnlichem Sandsteinmaterial.

Steglich. Sandsteinarbeiten (Sockel- und Kaminsteintreppen) einschließlich aller Materiallieferung für den Neubau der höheren Mädchenschule auf dem Fichtelberg zu Steglitz.

Sandbauamt Barmen. Zum Neubau eines Lehrerseminars zu Bismarckstraße: 1. Steinmearbeiten (Granit), Los XIV (Blattentwurf).

Gemeindebauamt Barmen. 1600 Tonnen Packung, 958 Tonnen Packung für den Ausbau der Grünstraße.

Beire, Kreis Barmen i. L. L. I. Maurer- und Steinbauarbeiten zum Erweiterungsbau der Kapelle in Weine.

Bahnbaudirektion Feuerbach, Württemberg. 400 laufende Meter Granitkufen.

Königl. sächs. Eisenbahnbauamt II in Altenburg. Gleisbettungsstoffe für 1911: 2500 Kubikmeter Steinschlag und 2800 Kubikmeter Grobkies.

Tiefbauamt Essen. Lieferung für die Tiefbauverwaltung für 1911/12: 1. Grobplastersteine, 2. Kleinsplastersteine, 3. Bordsteine aus Niedermündiger Basaltlava, 4. Packlagesteine, 5. Kunststeinplatten, 6. Basaltkleinschlag, 7. Pflasterand, 8. Betonflies in ein oder mehreren Lagen.

Gebäudebauamt Frankfurt a. M. Fußboden- und Wandplatten in 3 Lagen für den Neubau der Helmholz-Realschule.

Eisenbahnbetriebsamt Bromberg. Arbeiten und Lieferung zur Umpflasterung der Sockelstraßen auf Bahnhof Bromberg. L. II. Lieferung von rund 2500 Tonnen Granitplastersteinen 3. Klasse.

Königl. Kanalbauamt Linen a. d. Lippe. Arbeiten und Lieferung zur Herstellung des Widerlager einschließlich der feineren Brüstungen und Architekturstücke für 9 Brücken des Kanals Datteln-Hamm in einem Lose. (II. a.: 265 Kubikmeter Werksteine.)

Bürgermeisterei Sprendlingen (Kr. Offenbach a. M.). L. II. Steinmearbeiten zum Schulhausanbau der Schillerstraße in Sprendlingen.

Regierungsbaumeister Hünshel in Straßburg. Für den Neubau einer Landwirtschaftsschule in Château-Salins: Los 3 Steinbauarbeiten.

Magistrat Zillit. 1000 Quadratmeter Kleinsplastersteine.

Oberpostdirektion Hamburg. Zum Aufweiden auf dem Postgrundstücke zu Rahlburg (Rauenburg): Sandsteinarbeiten, Los 1, veranschlagt zu 7600 Mark, Kunststeinarbeiten, Los 2, 1080 Mark.

Groß. Wasserbauamt Mainz. Anlieferung der im Etatsjahr 1911 zur Unterhaltung der Ufer- und Flußbauwerke an der Saale zwischen Gießen und der Landesgrenze bei Heudelheim erforderlichen 250 Kubikmeter Wasserbausteine in einem Lose.

Königl. Militärbaumeister Königsbrüd. Los 4 Granitarbeiten zur Erbauung zweier Doppelkompagniebaracken nebst Nebenanlagen auf Truppenübungsplatz Königsbrüd.

Magistrat Lengen (Elbe). Lieferung von circa 5000 Quadratmeter Reihensplaster, 2. circa 1500 laufende Meter Bordsteine für die Neuherstellung von Straßensplasterungen.

Wiederholt und die Tabakarbeiter bedürfen keiner Unterstützung mehr! Die Tabakarbeiter werden demnächst einen Vöglerzug zur Zentrumsfaktion ausrüsten — aber nicht mit Kerzen. Bekanntlich hat die Zentrumsfaktion den letzten gestellten Antrag, 500 000 Mk. für die arbeitslosen Tabakarbeiter zu bewilligen, abgelehnt.

Ein jäherer Unglücksfall ereignete sich am 15. April im Steinbruchbetriebe der Firma Rogg-Bischofsmerda. Es wurde der Kollege Max Schlenker aus Nieder-Puzlau, welcher direkt unter der Schwebbahn arbeitete, von einer mit Pflastersteinen beladenen Rippelri so schwer am Kopf getroffen, daß er in kurzer Zeit starb. Er stand noch im blühenden Mannesalter und hinterläßt eine Frau nebst zwei unermöglichen Kindern. Es ist in diesem Betriebe innerhalb 2 Jahren der zweite Unglücksfall, wo der Tod auf der Stelle eintrat. — Die Arbeiter waren natürlich über diesen neueren Unfall sehr empört. Gerade in der lauffähigen Granitindustrie kommen seit Jahren die schwersten Unfälle vor.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 3. bis mit 15. April 1911

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)

Crimmitschau, B. 5.40. Hamburg, E. 0.25. Leipzig, B. 1.40. Steinwiesen, B. 10.—. Rotenburg, B. 3.50. Brügg, Ab. 1.20. Neuchâtel, Ab. 5.20. Rayen, B. 197.00, K. 1.10. Grefees, B. 241.50, K. 4.70, M. 0.80. Ebersbach, B. 121.74, E. 1.—, K. 1.70. Darmstadt, B. 92.40, K. 2.60. Brudmühl, B. 73.50, E. 0.50. Beucha, B. 1809.90, E. 35.25, K. 60.—. Berlin, B. 1500.—, E. 50.—, K. 88.—, M. 60.—. Altneinungen, B. 68.28, E. 0.50, K. 15.—. Pappenheim, B. 6.80, K. 1.90. Diethenhahn, B. 4.42, E. 8.50. Ebersbach, B. 55.20, K. 12.30, M. 6.—. Gera, B. 137.48, E. 2.—. Gotha, B. 224.85, E. 0.50, K. 0.10. Grünsfeld, B. 250.—, E. 10.—, K. 20.—. Häßlitz, B. 731.66, E. 12.50, K. 68.—. Riefersfelden, B. 470.20, K. 33.05, M. 2.50. Kirchberg, B. 362.—, E. 22.—, K. 30.—. Kleinheubach, B. 26.—, E. 10.—. Ludwigshafen, B. 113.—, E. 5.—, K. 10.—. Marktbreit, B. 159.66, K. 12.60. Mondfeld, B. 30.24, E. 6.—, K. 10.—. Sparned, B. 63.—, E. 1.—, M. 1.—. Ströbel, B. 248.22, K. 1.60. Treuchtlingen, B. 21.84, K. 2.30. Wolfshagen, B. 44.93, K. 3.20. Delfau, Ab. 1.20. Brade, Ab. 2.03. Gifhorn, Ab. 1.50. Frankfurt a. O., B. 4.—. Büfingen, B. 5.50. Stargard, B. 3.10. Dittersdorf, B. 10.—. Zangermünde, B. 5.—. Leipzig, B. 8.40. Striegau, B. 1935.36, K. 0.80. Osnabrück, B. 142.—, K. 9.90. Hamburg I, B. 750.—, K. 59.50. Froberg, B. 87.24, E. 6.—, K. 0.10. Grefeld, B. 50.—, M. 1.—. Maulbronn, B. 25.20, K. 0.30. Mannheim, B. 400.—, E. 1.50, K. 22.60. Striegau, B. 3207.98, E. 29.—, E. 79.30. Kreuznach, B. 27.30. Kirchenlamitz, B. 100.30, E. 22.—, K. 4.—, M. 1.—. Königslutter, B. 64.68, K. 5.90. Hagenau, B. 42.42, E. 0.50, K. 5.10. Herbede, B. 90.—, E. 3.50, K. 3.25. Königshain-Arnsdorf, B. 277.16, E. 31.—, K. 17.60. Bülow, B. 60.—, E. 0.50, K. 1.05, M. 6.—. Waldenburg, Ab. 3.20. Lüneburg, Ab. 2.40. Emden, B. 8.70. Wittenberge, B. 3.—. Elmshorn, B. 6.70. Saage, B. 4.90. Lübeck, Ab. 3.60. Bülow, B. 9.—, K. 0.75. Braunschweig, B. 114.25, K. 11.—. Berned, B. 42.—, K. 4.50. Eiterhagen, B. 66.30, E. 2.50, K. 1.20. Hamburg II, B. 140.—, M. 0.25. Ratzeburger, B. 156.24, E. 0.50, K. 3.—. Karlsruhe, B. 83.25. Söbjeun, B. 4.—, E. 1.50. Verbach, B. 74.55. Nördlingen, B. 131.48, E. 3.—, K. 6.70. Tröstau, B. 200.60, E. 6.50, K. 11.70. Steinen, B. 9.—. Plagwitz-Sömersberg, B. 334.—, K. 18.75. Nördlingen, B. 88.50. Heigenbach i. D., K. 73.50. Reustadt a. S., B. 84.—. Meißen II, B. 126.—, K. 4.—. Marktzeuthen, B. 77.28, E. 2.—, K. 15.30, Div. 0.82. Söbjeun, B. 163.—. Konstanz, B. 115.50. Kupferdreh, B. 150.—, K. 10.—, M. 7.75. Delfau, B. 50.82, E. 2.50, K. 2.70. Crailsheim, B. 31.—, E. 0.50, K. 15.—. Bede, B. 69.20, K. 2.80. Arnstadt, Ab. 3.20. Jena, Ab. 2.40.

Rundschau.

177 914 110 Mk. Löhne kamen 1910 bei der Steinbruchsberufsgenossenschaft zur Anmeldung. Gegenüber dem Jahre 1909 ergibt sich somit ein Plus von 7 302 837 Mk. In demselben Augenblick, wo die deutschen Steinindustriellen über die schlechte Lage klagen, erhalten sie durch die Zahlen der Steinbruchsberufsgenossenschaft eine klärende Ohrfeige. Nur im Jahre 1907 wurde eine höhere Lohnsumme zur Auszahlung gebracht. Waren nicht mehrere Betriebe an die Knappschaftsämter an die Baugewerksberufsgenossenschaft angegliedert worden, so würden die Plusziffern sogar noch größer sein. — Mit Ziffern können die Unternehmer den Rückgang der deutschen Steinindustrie nicht begründen. Alle amtlichen Publikationen sagen das Gegenteil von dem, was die Unternehmer behaupten. Auf unsre Artikelserie über die Zollfrage kommt in einem langen Artikel soeben die Monatschrift der Steinbruchsberufsgenossenschaft zurück. Wir werden in der nächsten Nummer einen Auszug darüber bringen, damit die Kollegen im Lande draußen selber lesen können, was auf unsre Darstellung gesagt wird.

Wir vom Zentrum ans. Der Deggendorfer Donaubote, ein schwarzes Blatt aus Niederbayern, schimpft über die Stellungnahme der Sozialdemokraten bezüglich des Pflastersteinzolls. Die Rede des faden Zentrumssprechers Speck wird dabei wiedergegeben und anknüpfend daran gesagt, wie volksfeindlich die „Noten“ sind. Die schwarzen Agitatoren am schönen Donauström können nun vom Ulrichsberg bis Altötting ziehen mit dem Hinweis: 'Zentrum hat die gute Sache wieder vertreten. Der „Donaubote“ sollte erstens wissen, daß die Granitindustrie des Bayerischen Waldes durch den österreichischen Zolltarif 1893 sehr schwer geschädigt wurde, und zweitens, daß, wenn der Zoll für Schweden käme, die Niederbayern absolut keinen Nutzen davon hätten. Das wissen die größeren Firmen ja selbst, natürlich die Zentrumspresse braucht das nicht zu kapieren. O, die armen Wähler!

Dem Steinmetzmeisterverband sind beigetreten: Feuer, Wilhelmshagen; D. Mayer und E. Stapp, Freudenberg; S. Hemmerich, Rembach; Spielvogel, Dorpropjetzen und A. Wolz, Klingenberg. — Die Lohnbewegung der Steinmetzen im Maintal hat somit einigen Unternehmern den Weg zur Organisation gewiesen.

Gute Rechnung. Zu der Heil- und Pflegeanstalt Lohr (Unterfranken) wurden kürzlich die Hausarbeiten vergeben. An der Submission beteiligten sich 13 Firmen, darunter A. Feiderichsberg und die Steinmetzgenossenschaft Miltenberg; dabei betrug die niedrigste Forderung 938 Mk., die Höchstforderung 15 638 Mk., mithin ein Unterschied von 5810 Mk. Die Kosten solcher Rechnungen müssen dann die Arbeiter tragen, die durch Lohnabzüge die Preisrückerei am meisten trifft.

Die Verschmelzung der Zahlstellen Rowawes und Potsdam des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die bereits im Jahre 1907 ohne Erfolg angebahnt wurde, kann nunmehr als gesichert gelten. Nachdem die Zahlstelle Potsdam einen zustimmenden Beschluß gefaßt, beschäftigte sich Ende voriger Woche auch die Rowaweser Zahlstelle in einer außerordentlichen Versammlung mit dieser Frage und kam nach einem Referat des Bezirksleiters Zernide-Berlin zur einstimmigen Annahme des vom Vorstande gestellten Antrages auf Verschmelzung mit der Potsdamer Zahlstelle und gleichzeitige Anstellung eines Verwaltungsbeamten. Die nötigen Vorarbeiten wurden einer siebenköpfigen Kommission, bestehend aus je drei Mitgliedern der beiden Zahlstellen und dem Bezirksleiter, übertragen. — In den andern Verbänden können sich Zahlstellen, welche in einem Wirtschaftsgebiete liegen, sehr wohl verschmelzen, bloß im Steinarbeiterverband kann diese Frage behauerlicherweise nicht praktisch gelöst werden. Wir haben Steinbruchgebiete, wo bei einigem guten Willen die Verschmelzung einer Reihe von Zahlstellen vorgenommen werden könnte, aber der Sozialpatriotismus läßt dieses nicht zu.

Produktionseinschränkungen im oberbairischen Tabakgebiete. In Fahr traten am Dienstag die Vertreter namhafter Tabakfirmen zusammen, um über die Einschränkung der Produktion Beschluß zu fassen. Die natürliche Folge ist die sichere Brotlosmachung vieler Duzende Tabakarbeiter. Und da behaupten Regierung und schwarzbauer Bloß, die Tabakindustrie habe sich

K. 17.60. Schopfloh, B. 87.30, K. 17.70. Straßburg, B. 857.15, E. 4.50, K. 90.10. Würzburg, B. 150.—, E. 4.50. Wildemann, B. 29.40, K. 0.60. Dhruf, B. 9.30. Mühlberg, B. 1.20. Arnstadt, B. 2.70.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Beucha. Mehrere abgereifte Kollegen haben im Kasino nach verschiedene Rückstände zu regulieren. Es möchte dieses sofort ins Reine gebracht werden.

Andlau. Der Steinmetz Joseph Fischer möchte sofort seine Adresse einfinden. Die Ortsverwaltung.

Hamburg I. Alle zureisenden Kollegen haben sich, bevor sie um Arbeit ansprechen, beim Vorsitzenden zu melden. Wer dies nicht befolgt, dem wird der örtliche Zutritt entzogen. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Diethenhahn bei Wertheim. Vorf.: Georg Diehm II. Kass.: Thomas Diehm.

Regensburg. Vorf.: August Bräu, Bollwirtsgrasse 184, II. Reiseunterstützung wird beim Kassierer Hans Kiepel, Seberergasse 127, II, ausbezahlt.

Großheubach. Vorf.: Ignaz Ripperger.

Lüßberg. Vorf.: Ludwig Feser.

Nordendorf. Vorf.: Johann Korndörfer. Kass.: Georg Kampf.

Höppingen. Kass.: Reinhard Kaiser.

Mainz. Vorf.: Adam Jeh, Goethestraße 24.

Kronach. Vorf.: Georg Fühlinger, Gehlitz. Kass.: Georg Müller, Albern.

Söln II. Vorf.: Peter Schwarz, Söln-Söln, Lechenther Straße 4.

Darmstadt. Vorf.: Peter Schmidt, Liebfrauenstr. 78, S. pt.

Grieffkasten.

Steinbrecher in G. Darüber gibt's 24 der neuen Schießinstruktion genau Auskunft. Der Schießmeister hat den Versager allein aufzuführen. Den Auftrag: „Schaug amal nach, wo der Versager steht“, hast mit Recht abgelehnt. Viele Grüße! — R. in M. Die Drucklegung ist mittlerweile erfolgt. Das Gemütsche dürfte inzwischen in Deinen Händen sein. Viele Grüße! — Biesbaden. Da nichts besonderes vorliegt, müssen wir es ablehnen, vor Zugung zu warnen. — S. S. in G. Aber lieber Freund, wir wollen uns doch nicht blamieren. — S. A. in D. Die Zeitung hat uns sehr gefreut. Die Angelegenheit kennen wir aus eigener Anschauung. Die Angaben im „Eingekamdt“ sind eben schwer zu kontrollieren. — Bede. Vielen Dank für die bewiesene Unterstützung. Besten Gruß!

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Ergeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Schürzen

Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Buchstoffsosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

3-4 geschulte Bossierer

für Basaltwürfel und Basaltkleinsplasterstöckel sofort gesucht.
Franz Richter, Pflastermeister
Aussig-Schönpriessen (Böhmen), Friedhofstr. 143.

Marmorarbeiter

die in allen Arbeiten bewandert sind (besonders auf Platten), sofort gesucht.
Karl Wittmann, Marmorindustrie, Coburg.

Tüchtige Marmorpolierer

für dauernd gesucht.
Bereinigte Fichtelgebirgs-Granit- und Marmorwerke Seussen.

Mehrere Granitsteinmetzen

bei gutem Lohn sofort gesucht.
Gebrüder Wolber in Kürnbach bei Wolfach (Baden).

Steinmetzen

werden eingestellt.
Harzer Sandsteinbrüche, Ostlutter bei Lutter a. Bbg.

Tüchtigen Gehilfen

auf Grabdenkmäler, der auch Schrift hauen kann, stellt sofort ein
August Grawe, Greifenberg (Pommern).

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekamdt werden.)

In Gießenheim am 9. April der Kollege Georg Klübenpies, 30 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Unsen am 10. April der Kollege Friedrich Feld, 34 Jahre alt, an einem Unfall.
In Wolgast am 8. April der Kollege Gustav Eibrovius, 24 Jahre alt, an Gehirnschlag.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Ein verbrecherischer Plan.

I.

L. V. Der gegenwärtige Reichstag hat bereits so viel auf seinem Schilde, daß der schwarze Blod alle Ursache hätte, die Erbitterung des arbeitenden Volkes über die jegliche arbeitserfeindliche Wirtschaft nicht noch zu steigern. Trotzdem haben die Mehrheitsparteien den Plan ausgeheckt, die Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstags nach Oftern durchzusetzen: einen Plan, der — falls er wirklich ausgeführt werden sollte — das arbeitende Volk aufs schwerste schädigen, ja sogar geradezu unerbittliche Zustände in der Reichsversicherung heraufbeschwören würde.

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung umfaßt 1754 Paragraphen. Dazu kommt der Entwurf des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung mit ungefähr 100 Paragraphen. Zusammen also etwa 1850 Paragraphen.

Diese Unmasse von Einzelbestimmungen ist aber nicht nach einem einheitlichen Plane zu einem Ganzen vereinigt, sondern bildet ein arges Durcheinander, in dem sich selbst ein Fachmann nur schwer zurechtfinden kann. Das kommt daher, daß die maßgebenden Kreise von einer Vereinigung der einzelnen Zweige der Arbeiterversicherung, also der Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliditäts- sowie Witwen- und Waisenversicherung, zu einer allgemeinen Arbeiterversicherung mit einheitlicher Organisation und Verteilung der Lasten und mit gleichmäßigen Leistungen nichts wissen wollen und sich deshalb mit einer „gegenseitigen Annäherung“ der selbständigen Versicherungszweige begnügen haben. Demgemäß bringt zwar das erste Buch der Reichsversicherungsordnung „gemeinsame“ Bestimmungen, dann folgen aber die besonderen Bestimmungen nicht nur für die einzelnen Versicherungszweige, sondern auch für die einzelnen Arten der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung, ja sogar für die einzelnen Berufskreise und schließlich für die Beziehungen der Versicherungsträger zueinander. In dieser unübersichtlichen Reihe von Einzelbestimmungen stehen viele miteinander und mit den gemeinsamen Bestimmungen in beachtlichem oder ungewolltem Widerspruch. Es ist daher sehr schwer, die Tragweite der einzelnen Bestimmungen richtig zu würdigen.

Die Regierungsvertreter haben jahrelang an dem Entwurf hergearbeitet, und trotzdem hat sich während der Beratung des Entwurfs in der Kommission nur zu oft herausgestellt, daß auch die Bedeutung der einzelnen Bestimmungen nicht richtig erkannt und deshalb manche Unstimmigkeiten übersehen hatten, die beseitigt werden mußten. Die Kommission hat den Entwurf der Reichsversicherungsordnung — wie erinnerlich — dreimal beraten. Die dritte Lesung sollte nur eine „Ausgleichslesung“ zur Beseitigung der nicht beabsichtigten Unstimmigkeiten sein. Dazu hatten die Regierungsvertreter nicht weniger als 536 Anträge vorbereitet, von denen mancher bereits infolge der Unstimmigkeiten im Regierungsentwurf notwendig geworden war.

Merkwürdig muß angefaßt werden, daß die Beschlüsse der Kommission die Schwierigkeiten sehr vergrößert haben. Die Konservativen und Nationalliberalen haben sich mit dem Zentrum und den Antikemiten erst während der zweiten und dritten Lesung verständigt. Die arbeitserfeindlichsten Beschlüsse sind demgemäß erst gegen Ende der Beratung, einige von ihnen sogar erst in der sogenannten Ausgleichslesung zustande gekommen, ohne daß darüber eine gründliche Aussprache in der Kommission möglich war und ohne daß namentlich festgestellt werden konnte, inwieweit die neuen Beschlüsse mit früheren Beschlüssen im Widerspruch stehen. Das Ergebnis einer solchen Gesetzesmacherei kann denn auch gar nicht frei von Mängeln, Unklarheiten und unzweifelhaften Widersprüchen sein, die zwar nicht gleich auf den ersten Blick auffallen, die sich aber im Laufe der Zeit dem Richter bemerkbar machen, ihm große Schwierigkeiten bereiten und unermesslich zu widersprechenden oder unbilligen Entscheidungen führen müssen.

Und das bei einem Gesetz, das sich auf alle Kreise des arbeitenden Volkes erstreckt, auf die vielen Millionen von Arbeitern und kleinen Gewerbetreibenden als Versicherten und auf alle Arbeitgeber. Werden doch allein in der Krankenversicherung mehr als 18 Millionen Personen versichert werden. Und wird doch die Ausgabe für die gesamte Arbeiterversicherung pro Jahr mehr als 850 Millionen Mark betragen.

Dazu kommt endlich noch, daß die Rechte und Pflichten der Arbeiterversicherung von großer Bedeutung für das ganze soziale Leben sind. Nicht nur die Arbeiter, auch die kleinen Geschäftskreise haben mit der größeren Belastung für die Arbeiterversicherung sehr zu rechnen. Noch wichtiger ist es aber, daß die Fürsorge für die Kranken, verunglückten, alten, arbeitsunfähigen Arbeiter und für die Witwen und Waisen der Arbeiter auch wirklich den Verhältnissen der Arbeiter angepaßt wird, weil sonst der Segen der Fürsorge verfliehet, vielleicht in das Gegenteil umschlägt, in eine unerträgliche Bevormundung und Belästigung.

Aus diesen rein sachlichen Gründen ergibt sich, daß die weitere Beratung der Reichsversicherungsordnung nicht überflüssig

werden darf. Den Reichstagsabgeordneten, die nicht in der Kommission waren, muß es ermöglicht werden, den Entwurf, wie er nach den Beschlüssen der Kommission gestaltet ist, durchzuarbeiten. Ebenso müssen die Sachverständigen, die nicht dem Reichstage angehören, die Gelegenheit haben, die Einzelheiten des Entwurfs zu studieren, um die notwendigen Verbesserungsvorschläge zu machen. Das war ihnen bis jetzt nicht möglich, da noch immer nicht einmal eine zuverlässige Zusammenfassung der Kommissionsbeschlüsse vorliegt! Außerdem sind zum Studium des jetzigen Entwurfs auch die Berichte der Kommission notwendig; denn erst aus ihnen ist der mit den Änderungen des Regierungsentwurfs beabsichtigte Zweck zu ersehen. Von diesen Berichten ist noch kein einziger erschienen.

Trotzdem soll der Reichstag unmittelbar nach den Osterferien mit der zweiten Beratung des Entwurfs im Plenum beginnen. Dann aber soll die Beratung nicht sachgemäß vor sich gehen, wie es die Schwierigkeit der zur Entscheidung gelangenden Fragen und die große Tragweite des neuen Gesetzes erfordern, sondern jede sachliche Aussprache über die Einzelheiten soll verhindert werden! Der schwarze Blod will — das steht jetzt fest — auch bei dieser Gelegenheit die Minderheit verewaltigen und die Kommissionsbeschlüsse, wenn sie auch noch so wenig zu rechtfertigen sind, unverändert annehmen, alle Verbesserungsanträge aber, ohne ernsthaft zu prüfen, niederstimmen.

Weshalb dieser unerhörte Plan? Diesmal können sich die Mehrheitsparteien nicht zu ihrer Entschuldigung auf eine von der Minderheit beabsichtigte Obstruktion berufen. Ihre Genossen in der Reichstagskommission haben zwar, wie es ihre Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit Verbesserungsanträge gestellt und begründet. Niemand aber hat ihnen den Vorwurf gemacht oder kann ihnen den Vorwurf machen, daß sie die Verhandlungen zu verschleppen versucht haben. Auch im Plenum des Reichstags werden unsere Freunde nichts anderes als eine sachgemäße Beratung der einzelnen Bestimmungen und der Verbesserungsanträge dazu verlangen.

Doch das ist es ja gerade, was der schwarze Blod fürchtet. Wenn es nach ihm geht, wird das neue Gesetz so arbeitserfeindlich, daß ihm eine sachliche Aussprache über die einzelnen Bestimmungen für die bevorstehenden Wahlen zu gefährlich erscheint.

Strafrecht und Strafprozeß.

Wirft man heute einen Blick auf die Kriminalstatistik, so sieht man, daß die Zahl derer, die mit den Strafgesetzen in Berührung kommen, eine ungemein große ist. Im Jahre 1909 sind z. B. in Deutschland insgesamt 500 085 Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze bestraft worden. Dazu kommen noch die wegen Uebertretungen und wegen Verlegung der Landesgesetze Bestraften, die zwar nicht fortlaufend gezählt, von Sachkennern aber ebenfalls auf rund 500 000 geschätzt werden. Zu erwähnen sind dann noch die verhängten Volksstrafen, die auf zirka 5 Millionen zu veranschlagen sind. Wenn nun in Deutschland jährlich etwa 6 Millionen Menschen mit dem Strafrecht in Widerspruch geraten, so ist es notwendig, sich mit dem Strafrecht und Strafprozeß etwas näher zu befassen, zumal Unkenntnis der Gesetze durchaus nicht vor Strafe schützt.

Beim Strafrecht kommt in erster Linie das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in Betracht, welches mit dem 1. Januar 1872 in Kraft getreten ist. Daneben sind dann noch die besonderen Vorschriften des Landesstrafrechts über die Steuern-, Zoll-, Fischerei-, Jagd-, Forst- und Feldpolizeigesetze usw. zu erwähnen. Außerdem werden uns noch fortwährend neue Strafbestimmungen befohlen und fast jedes Gesetz, welches erlassen wird, sieht entsprechende Strafvorschriften vor. Die strafbaren Handlungen zerfallen in: Uebertretungen, Vergehen und Verbrechen. Die darauf ruhenden Strafen sind: 1. Geldstrafen, 2. Haftstrafen (eventuell im Anschluß hieran auch Ueberweisung an die Landespolizeibehörde), 3. Festungsstrafen, 4. Gefängnisstrafen, 5. Zuchthausstrafen, 6. die Todesstrafe. Als zuständige Gerichte kommen in Betracht: 1. Die Amts(Schöffen)gerichte, 2. Die Landgerichte (Strafkammern und Schwurgerichte), 3. Die Oberlandesgerichte, 4. Das Reichsgericht. Zur Aburteilung der Jugendlichen hat man in einzelnen größeren Städten besondere Jugendgerichtshöfe gebildet. Außer dem gerichtlichen Verfahren sind die Polizeibehörden, wie Amtsgerichte noch berechtigt, in Uebertretungssachen sowie bei leichteren Vergehen Strafbefehle zu erlassen.

Das straffähige Alter beginnt mit dem vollendeten 12. Lebensjahre. Begeht jedoch ein Kind unter 12 Jahren strafbare Handlungen, so kann die Ueberweisung in Fürsorgeerziehung erfolgen. Zwischen dem 12. bis 18. Jahre ist seitens des Gerichts zu prüfen, ob der Angeklagte die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besaß. Besaß er sie, dann kommen folgende Bestimmungen zur Anwendung: 1. Ist die Handlung mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bedroht, so ist auf Ge-

fängnis von 3—15 Jahren zu erkennen; 2. ist die Handlung mit lebenslänglichem Festungshaft bedroht, so ist auf Festungshaft von 3—15 Jahren zu erkennen; 3. Ist die Handlung mit Zuchthaus bedroht, so tritt an deren Stelle Gefängnisstrafe; 4. Ist die Handlung ein Vergehen oder eine Uebertretung, so kann in besonders leichten Fällen auf Verweis erkannt werden; 5. Auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Polizeiaufsicht darf bei Angeklagten unter 18 Jahren nicht erkannt werden. — Die Freiheitsstrafe ist in besonderen, zur Verbüßung von Strafen jugendlicher Personen bestimmten Anstalten oder Kammern zu vollziehen. — Wer von den Jugendlichen nach Ansicht des Gerichts die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besaß, ist freizusprechen, ebenso ein Taubstummer, bei dem diese Voraussetzungen zutreffen. Wer als jugendlicher freigesprochen wird, weil ihm die Erkenntnis der Strafbarkeit fehlte, kann dennoch der Fürsorgeerziehung überwiesen werden.

Die Strafverfolgung verfährt bei Verbrechen: wenn sie mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bedroht sind in 20 Jahren; wenn sie im Höchstbetrage mit einer Freiheitsstrafe von längerer als zehnjähriger Dauer bedroht sind, in 15 Jahren; wenn sie mit einer geringeren Freiheitsstrafe bedroht sind in 10 Jahren. Die Strafverfolgung von Vergehen, die im Höchstbetrage mit einer längeren als dreimonatigen Gefängnisstrafe bedroht sind, verfährt in fünf Jahren, von anderen Vergehen in drei Jahren. Die Strafverfolgung von Uebertretungen verfährt in 3 Monaten, ebenso Handlungen (z. B. Privatklagen), die nur auf Antrag zu bestrafen sind. Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem die Handlung begangen ist, bei Privatklagen und den nur auf Antrag zu verfolgenden Sachen mit dem Tage, seit welchem der zum Antrag Berechtigte von der Handlung und der Person des Täters Kenntnis erlangte. Verjährungsfristen können beim Gericht erst eingereicht werden, wenn vorher ein Schlichter beim Schlichteramt stattgefunden hat. Hieron ist nur dann abzuweichen, wenn die Parteien nicht in ein und demselben Gemeindebezirk wohnen. Unter Privatklagen fallen nicht allein Verleumdungen, sondern auch die leichten Körperverletzungen.

Außer der Strafe fallen dem Angeklagten im Falle der Verurteilung auch die Gerichtskosten zur Last. Sind in einer Strafsache mehrere Personen verwickelt, so haften sie für die Kosten als Gesamtschuldner. Die Gerichtskosten richten sich nach der Höhe der Strafe. Wird eine Privatklage durch Urteil ohne Beweisaufnahme erledigt, so betragen die Gerichtskosten 15 Mark, mit Beweisaufnahme 20 Mark. Dieselben Sätze sind auch für die Berufungs- und Revisionsinstanz zu erheben. Erfolgt Verurteilung zu Gefängnis, so ist für den Aufenthalt im Gefängnis auch noch ein Verpflegungssatz zu zahlen. Dieser Satz beträgt z. B. in Preußen 1 Mark pro Tag.

Als Rechtsmittel kommen im Falle der Verurteilung in Betracht: Gegen Urteile der Schöffengerichte die Berufung, die innerhalb einer Woche bei diesem Gericht mündlich oder schriftlich anzubringen ist. Gegen das hierauf ergehende Urteil der Strafkammer als zweite Instanz kann innerhalb einer Woche Revision angemeldet werden. Gegen Urteile der Strafkammer erster Instanz, sowie gegen Urteile der Schwurgerichte ist nur das Rechtsmittel der Revision vorgegeben. Nach Einlegung der Revision wird dem Angeklagten eine schriftliche Urteilsausfertigung zugestellt. Innerhalb einer Woche vom Tage der Zustellung angeordnet, muß dann die Revision schriftlich begründet werden. Dies kann nur durch einen Rechtsanwalt oder mündlich zu Protokoll des Gerichtsschreibers erfolgen. Als Revisionsinstanz ist vorgegeben: Für Urteile der Strafkammer in zweiter Instanz die Oberlandesgerichte, für die der Strafkammer erster Instanz, sowie Urteile der Schwurgerichte das Reichsgericht. Das Kammergericht in Berlin kommt als Revisionsinstanz in den Fällen in Betracht, wo es sich um das preussische Landesstrafrecht handelt. Für Berlin selbst gilt das Kammergericht auch als Oberlandesgericht.

Nach rechtskräftiger Verurteilung kann der Verurteilte noch ein Gesuch bei der Staatsanwaltschaft einreichen, ihm bei Verurteilung zu Geldstrafen Ratenzahlungen oder bei Gefängnisstrafe Strafaufschub zu bewilligen. Die Ratenzahlungen dürfen nicht allzu niedrig bemessen werden; der Strafaufschub soll die Dauer von vier Monaten nicht überschreiten.

Beim Strafprozeß ist zunächst die Zusammenlegung der Gerichte zu erwähnen. Das Schöffengericht ist zusammengefaßt aus einem Richter nebst zwei Schöffen, die Strafkammer zweiter Instanz aus drei Richtern, die erster Instanz aus fünf Richtern. Das Oberlandesgericht besteht ebenfalls aus fünf Richtern. Die Schwurgerichte aus drei Richtern und zwölf Schöffen und der Straftaten des Reichsgerichts aus sieben Richtern. Die dem Reichstage vorliegende Strafprozeßreform sieht hier nun entsprechende Änderungen vor. Da soll z. B. gegen Urteile der Strafkammer erster Instanz das Rechtsmittel der Berufung eingeführt werden. Auch bei der Strafkammer sollen in Zukunft Schöffen mit fungieren. Die Regierung wollte nur für die erste

Die vorzeitige Verwitterung natürlicher Bausteine.

Unter Wetterbeständigkeit natürlicher Bausteine versteht man im allgemeinen nur deren Widerstandskraft gegen die zerstörenden Einwirkungen des Wetters, der Luft, des Sturmes, des Frostes, der Atmosphärien, wie Regen, Hagel, Schnee. Diese Zerstörungswirkungen können im Steinbruch, also am natürlichen Fundorte, sich ebenso gut einstellen, wie an der Verwendungsstelle des Bausteins. Die Erfahrung hat nun aber gelehrt, daß die natürlichen Bausteine in den Baumerken durchweg nicht dieser Art der Verwitterung allein unterworfen sein können. Man hat beobachtet, daß derselbe Stein in der Baumerkennung oft schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit Anzeichen von Verwitterung erkennen läßt, während er im Steinbruch noch ohne jede Spur von Verwitterung geblieben ist. Die Verwitterungsbedingungen können also am natürlichen Fundorte nicht dieselben sein, wie am Verwendungsorte. Die Verwitterungsfaktoren, die an der Gewinnungsstelle auf den Stein wirken, müssen offenbar weit schwächer sein, als die Verwitterung, die den baupraktisch verwendeten Stein zu vorzeitigem Verfall zu bringen vermag.

Man ist den Ursachen dieser unterirdischen Erscheinung nachgegangen und hat gefunden, daß die vorzeitige Verwitterung überall da auftritt, wo die den Stein umgebende Luft von den aus Kohlenverbrennung herrührenden Rauchgasen merklich verunreinigt ist. Die aus der Kohlenverbrennung stammenden Schwefelgase entwickeln sich in der Luft zu schwefeliger Säure und im weiteren Verlaufe zu Schwefelsäure. Beide Säuren: pflegen Gemisch zugehörig auf die natürlichen Bausteine einzuwirken. Natürlich ist diese Einwirkung um so größer, je vorzeitige Verwitterung also um so stärker, je stärker der Gehalt an schwefeliger Säure und an Schwefelsäure in der umgebenden Luft ist. Da nun in den großen Städten, namentlich in solchen mit reicher Industrie, starke Kohlenverbrennung herrscht, hingegen weit draußen in der freien Natur, wo der Steinbruch liegt, fast gar nicht, so erklärt sich hieraus das Auftreten der vorzeitigen Verwitterung an Baumerken und ihr Fehlen im Steinbruch.

Für den Grad, in welchem die vorzeitige Verwitterung aufzutreten und zu wirken vermag, sind die stoffliche Zusammensetzung des Steins und die Verwendungsstelle ausschlaggebend. Den ersten materiellen Anknüpfungspunkt bieten den genannten Säuren der Kalkbestand des betreffenden Steins. Je größer dieser Kalkgehalt ist, desto lebhafter entwickelt sich die Verwitterung. Mit dem Kalkgehalt verbindet sich zunächst die schwefelige Säure zu amorphem, schwefeligen Kalk. Da aber auch die Schwefelsäure wirksam hinzukommt, so bildet sich bald doppelt-schwefeliger Kalk und amorpher Gips. Das bedeutet die Zermürbung zunächst der Steinoberfläche, doch fällt nach und nach der ganze Stein dieser Auflösung anheim.

Noch schneller vollzieht sich der Vorgang dieser Verwitterung, wenn die kalkigen Steine auch noch Metalle oder Metallsalze enthalten. Denn hierin wird den Säuren ein ganz besonders wirksamer Anknüpfungspunkt geboten. Beide Säuren bedürfen zu den Metallsalzen eine ganz außerordentliche Affinität. Die Metallsalze werden von ihnen begierig und leicht durchdrungen und so in kürzester Frist völlig zerlegt und unter Volumenermehrung aufgelöst. Bedeutet man nun, daß in dem natürlichen Stein diese Metallanlagerungen sich durchweg in Form ungleichmäßig verteilter und geschlossener Nerven und Gallen vorfinden, so erklärt sich, daß die hier einwirkende Zerstörungswirkung der beiden Säuren sich in einem allmählichen schichtweisen Abblättern des Steins kundgibt.

Man hat demnach in der Art, wie die vorzeitige Verwitterung des Steins in Erscheinung tritt, einen unzweifelhaften Anhalt zur Beurteilung der stofflichen, steinphysikalischen Ursachen. Bloße Zermürbung bei der vorzeitigen Verwitterung weist auf die chemische Umsetzung der kalkigen Bestandteile hin, Abblättern dagegen auf Anwesenheit und Zerlegung von Metallsalzen. Am schnellsten geht natürlich die vorzeitige Verwitterung da vor sich, wo beide Bestandteile vorliegen und so das Zerstörungswert in weitestem Umfange ermöglichen und erleichtern.

Unschlagend für die Widerstandsfähigkeit eines Steins gegen vorzeitige Verwitterung durch die genannten Säuren ist also sein Gehalt an denjenigen Mineralien, welche die Voraussetzung des chemischen Umwandlungs- und Zerlegungsprozesses sind. Die größere oder geringere Porosität des Steins kommt erst dann entscheidend in Betracht, wenn es sich um zwei Stein-

arten handelt, die zufolge ihrer mineralischen Zusammensetzung gleich ungünstig gestellt sind. Hier würde dann naturgemäß der poröse Stein auch am schnellsten der vorzeitigen Verwitterung erliegen. Marmor beispielsweise, der doch gewiß eine ziemlich geschlossene Oberfläche besitzt, ist den Einwirkungen der genannten Säuren weit entsehbare ausgesetzt, als etwa Muschelkalkstein, der eine weit porösere Struktur aufweist. Grund dieser verschiedenen Widerstandsfähigkeit ist, daß Marmor hauptsächlich aus kohlenfaurem Kalk besteht, wohingegen Muschelkalkstein auch noch an Tonerde und Magnesia ein erheblicher Teil enthält. Des weiteren hat sich gezeigt, daß bei denjenigen natürlichen Bausteinen, die Aluminiumsilikate führen, trotz gleichzeitigen Kalkgehalts dennoch die stofflichen Vorbedingungen für die Zerstörung durch genannte Säuren nur sehr wenig erfüllt sind, so daß hier vorzeitige Verwitterung kaum nennenswert in Erscheinung zu treten vermag. In derartigen Gesteinen sind nämlich die kalkigen Bestandteile und die etwaigen Metallsalze in der Regel von Tonerde oder Kiesel-erde umschlossen, so daß die zerstörenden Säuren hier ihren Einfluß so gut wie gar nicht und allenfalls nur insoweit geltend machen können, als kalkige oder Metallsalzteile zufällig nicht umhüllt sind. Die guten Qualitäten dieser Gesteine, also der Granite, Porphyre, Spentite, Quarzite, setzen der schwefeligen Säure und der Schwefelsäure nachhaltigster Widerstand entgegen, während die von Aluminiumsilikaten völlig freien Arten, also Marmor, Kalkstein, Kalktuff, Dolomit, den vorzeitigen Verwitterung eben deshalb sehr bald zum Opfer fallen müssen. Wo wirklich einmal auch an einem zu der Aluminiumsilikatreichen Gruppe gehörigen Stein vorzeitige Verwitterung in größerem Umfange auftritt, ist dies ein untrüglicher Beweis, daß man es hier nicht mit guter Qualität dieses Steins zu tun hat. Hier liegen dann eben im Stein besonders ungünstige Anlagerungen vor, d. h. es finden sich besonders Anlagerungen der Aluminiumsilikate einerseits und der davon nicht umschlossenen Kalkteile und Metallsalze andererseits, während bei jedem einwandfreien derartigen Stein alle kalkigen und Metallsalzteile von den Aluminiumsilikaten fest umschlossen und höchstens in ganz geringen Spuren frei im Stein vorhanden sein sollen.

Außer der stofflichen Zusammensetzung der natürlichen Bausteine ist es aber auch noch seine besondere örtliche Verwen-

Justiz (Strafkammer) neben zwei Richtern drei Schöffen zu lassen. Nach einem Antrage Gröber (Zentr.) und Müller (Sp.) (bei der zweiten Besetzung der Vorlage) sollen aber zur ersten, wie auch zur Berufungsinanz neben zwei Richtern drei Schöffen hinzugezogen werden. Einen Antrag der Sozialdemokraten, die Strafkammer mit einem Richter und vier Schöffen zu besetzen, lehnte der Reichstag ab. Bei Auswahl der Schöffen und Geschworenen soll kein Unterschied nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufs- oder Gesellschaftsklasse gemacht werden. Weiter sollen die Schöffen und Geschworenen in Zukunft auch Tagesgelde erhalten. Hauptsächlich zieht man nun auch Arbeiter zu diesen Ämtern heran. Bisher ist dies nur in vereinzelten Fällen geschehen. Dringend notwendig wäre es aber, wie die Verhandlungen des Kölner Schwurgerichts gegen den Gewerkschaftsführer Fröhlich und Genossen ergeben haben.

Die Vorlage zur Strafsprockordnung sieht endlich noch ein beschleunigtes Verfahren im § 410 vor. Hiernach kann die Staatsanwaltschaft in Sachen, die zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehören, eine schnelle Aburteilung beantragen, wenn ein Verdächtiger, der auf frischer Tat betroffen oder verfolgt ist, vorläufig festgenommen und dem Amtsgerichte zur Vernehmung vorgeführt wird. Der Staatsanwalt kann unter diesen Voraussetzungen schnelle Aburteilung auch in solchen Sachen beantragen, in denen er die Zuständigkeit des Amtsgerichts begründen kann. Falls die Beweismittel zur Stelle sind, soll die Hauptverhandlung gleich nach der Vorführung stattfinden, Schöffen werden dann aber nicht zugezogen; andernfalls ist die Verhandlung auf den nächsten Werktag anzuberäumen. Kann sie auch dann nicht auf die Tagesordnung einer Sitzung des Amtsgerichts gesetzt werden, in der mit Schöffen verhandelt wird, so unterbleibt hier ebenfalls deren Zuziehung. Dem beschleunigten Verfahren kann zugestimmt werden; nur ist Vorsorge zu treffen, daß die Schöffen in allen Fällen mit zugezogen werden. Eine weitere Neuerung ist noch dahingehend vorgesehen, daß mittellose Angeklagten bei großer Entfernung des Wohnortes auf ihren Antrag für die Reise zum Verhandlungstermin eine Fahrkarte gewährt wird.

Zum Schluß beantragt die Kommission u. a. noch, der Reichstag wolle den Reichskanzler ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Reform des Strafrechts die bedingte Verurteilung mit eingeführt und ferner eine Reform der Vorstrafenkontrolle in die Wege geleitet wird. Damit will man die Härten beseitigen, die darin liegen, daß die Vermerke über Verurteilungen in den amtlichen Listen verbleiben, auch wenn seit der Verbüßung oder dem Erlasse der Strafe ein längerer Zeitraum verstrichen ist. Die Löschung der Vorstrafen ist schon wiederholt gefordert worden, leider vergebens. Der bereits Ende 1909 veröffentlichte Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch sah hier eine Aenderung vor, jedoch sollte die Löschung der Vorstrafen nur erfolgen, wenn die Strafe keine schwere war, und auch dann sollte sie noch in das Verleben des Gerichts gestellt werden. Im April dieses Jahres tritt nun wiederum eine Kommission zusammen, die eine vollständige Umarbeitung des Strafgesetzbuchs vorzunehmen hat. Vielleicht bleibt es dann dem nächsten Reichstag vorbehalten, eine wirkliche Reform des Strafrechts vorzunehmen. Ob dies geschieht, hängt von der Zusammenfügung desselben ab. Deshalb dürfen nur Abgeordnete gewählt werden, die Gewähr dafür bieten, daß sie für ein modernes Strafrecht eintreten.

Wie an den Armen und Kranken gespart wird.

In der Lungenheilstätte zu Sandbach (Hessen) ist soeben folgender Erlaß der Landesversicherungsanstalt bekannt gegeben worden:

Infolge des starken Andrangs zu den Heilstätten sehen wir uns im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschusse unserer Anstalt veranlaßt, zu bestimmen, daß für die Folge die Kurzeit für die Wiederholungskuren und für die leichter erkrankten Lungenleidenden 6—8 Wochen beträgt und soll ferner nur noch eine Wiederholungskur bewilligt werden. Auch werden Kuren weiterhin nur dann übernommen, wenn sie durchaus notwendig oder noch erfolgversprechend sind.

Darmstadt, 17. März 1911.

Wenn man bedenkt, wie schwer es schon bisher war, eine Kur bewilligt zu erhalten, so kann man den Unwillen, den diese Bekanntmachung unter den Patienten hervorgerufen hat und wohl unter allen versicherungspflichtigen Arbeitern hervorgerufen wird, begreifen. Werden doch dadurch die Hoffnungen so vieler Kranken vernichtet und die Rechte der Versicherten im allgemeinen in sehr bedauerlichem Maße geschmälert. Mit dem Sparmaßsystem hängt wohl auch folgender Vorgang zusammen, über den ein Steinmetz schreibt:

Ich bin schon seit 2. Januar d. J. an Lungenkatarrh erkrankt; der mich behandelnde Arzt veranlaßt mich, mich einmal bei Herrn Dr. Lipp in der Ernst Ludwigs-Heilstätte in Sandbach untersuchen zu lassen, was ich auch am 18. Februar getan habe. Herr Dr. Lipp fragte mich gleich: Sind Sie Steinhauer? Ich sagte ja, da bekam ich die Antwort: Steinhauer bekommen überhaupt keine Kur. Nach meiner Untersuchung sagte Dr. Lipp: Sie können abtreten. Ich wollte noch um Rat fragen, aber es hieß: Abtreten. Zwei Tage nach der Untersuchung ging ich wieder zu dem mich behandelnden Arzt; der sagte mir gleich, daß eine Kur meinen Zustand bessern werde,

Besteile völlig rein erhalten sind, obwohl die Ostseite bereits von beginnender vorzeitiger Verwitterung sehr stark geschädigt erscheint. Ja, man hat beobachtet, daß an ein und derselben Gebäudeseite der Teil, von dem der Schlagregen infolge eines Dachvorsprungs abgehalten war, sich von beginnender vorzeitiger Verwitterung geschwärtzt zeigte, während dicht in derselben Ebene danebenliegend sich in scharfer Grenzlinie klar und rein und unverwittert jener Teil der Wand absetzte, der vom Schlagregen getroffen wurde.

Auch die Himmelsrichtung, nach der die Verwitterungsstelle liegt, ist für den Grad der vorzeitigen Verwitterung nicht ohne Belang. Am reichlichsten beobachtet man die vorzeitige Verwitterung an der Nord- und vor allem Ostseite, wohingegen die Süd- und ganz besonders die Westseite nur sehr geringfügig davon heimgesucht werden. Die Erklärung dieser eigenartigen Erscheinung ist nicht schwer. Süden und Westen sind jene Himmelsrichtungen, wo die Gebäude am heftigsten und reichlichsten vom Schlagregen getroffen werden. Durch den auftretenden Schlagregen wird offenbar die schweflige Säure, die sich angefangen hat, wieder ausgemaschen oder doch sehr stark verdünnt, so daß sie hier also nur sehr unvollkommen zu wirken vermag, während sie namentlich im Osten, vom Schlagregen unbehelligt, ihre volle Zerstörungsenergie zu entwickeln imstande ist. Daher die Erscheinung, daß oft an ein und demselben Gebäude Südseite und

aber es sei nichts zu machen, weil ich Steinhauer bin. Ich machte dann ein Gesuch an das Großherzogliche Kreisamt Erbach. Dasselbe veranlaßte die Großherzogliche Bürgermeisterei Wald-Amorbach, einen Antrag auf ein Heilverfahren für mich bei der Landesversicherung in Darmstadt zu stellen. Dieses wurde sofort gemacht, aber auch gleich von der Landesversicherung abgelehnt, wieder aus dem Grunde, weil ich Steinhauer bin. Als mir die Großherzogliche Bürgermeisterei dieses mitteilte, machte ich sofort wieder ein Gesuch an das Kreisamt Erbach. Von dorten erhielt ich die Nachricht: Die Anstalt hat die Entschädigung. Was sollte ich nun machen? Sofort entschloß ich mich, ein Gesuch an das Reichsversicherungsamt in Berlin einzureichen. Dieses tat ich heute; was nun kommt von dorten, muß ich halt wieder abwarten. Aber meine Krankheit wird dadurch nur in die Länge gezogen, wenn nicht verschlimmert. Ich habe meine 18. Duittungskarte und meine doch, daß ein Steinhauer auch dieselben Rechte hat, wie jeder andre Beschäftigte. Trotzdem bin ich ja nicht als Steinhauer erkrankt, sondern ich war zurzeit mit Holzfällen im Walde beschäftigt.

Dieser Brief eines unter dem Sparmaßsystems schwer Leidenden charakterisiert daselbe besser, als die härtesten Worte, so sehr sie auch am Platze sind, das vermögen.

Korrespondenzen.

Bülow (Mecklenburg). Am 8. April tagte hier eine Betriebsversammlung, in der man sich hauptsächlich damit beschäftigte, welcher Organisation sich die Steinarbeiter anschließen haben. Es sind nämlich hier die Schleifer und Hilfsarbeiter im Fabrikarbeiterverbande organisiert. Nach einer kurzen Ansprache seitens unseres Vorsitzenden, der erklärte, daß doch nur Einheit stark mache und nicht die Zersplitterung, und daß doch nur der Steinarbeiterverband die Interessen der in der Steinindustrie beschäftigten Kollegen wirksam vertreten kann, kam eine sachliche Debatte zustande. Es meldeten sich dann auch verschiedene Schleifer zum Uebertritt. Daß die Schleiferarbeiten nur im Steinarbeiterverbande organisiert sind, ist wohl klar. Es ist bedauerlich, daß es noch Orte gibt, wo diese Berufsleute einem andern Verbande angehören. Ein Metallarbeiter wird sicherlich nicht im Bauarbeiterverbande organisiert sein. Die Aussprache über diesen Punkt war sehr notwendig. Allgemein wurde es freudig begrüßt, daß der Steinarbeiterverband in den Steinbruchgebieten immer mehr an Anhängern gewinnt. — Die Versammlung nahm einen recht interessanten Verlauf.

Dresden. In der am 5. April stattgefundenen Versammlung berichtet Kollege Seidel über die Tarifbewegung im Granitwerk Reil u. Co. Die Kollegen erzielten einige Verbesserungen. In der Marmorbranche gelangte ein Tarif zur Annahme, wonach sich der Stundenlohn um 3 resp. 2 Pfg. erhöht. Nur die Firma Stein bereite die Kollegen Schwierigkeiten. Die auf Grund der Normaltarifvorlage für Sandsteinarbeiter angestellten Berechnungen haben ergeben, daß diese Vorlage circa 21 Prozent niedriger ist als der jetzt bestehende Dresdener Tarif. In hartem Material würde der Unterschied noch bedeutend größer sein. Die Kollegen werden dem Kommanden ruhig entgegengehen und auf keinen Fall werden sie einen Tarif annehmen, welcher niedriger ist als der jetzt bestehende. Da es nun nicht ausgeschlossen ist, daß es abermals zum Kampf kommt, beantragte die Verwaltung, die Beiträge um 1 Prozent zu erhöhen. Die Versammlung lehnte aber diesen Antrag ab, da die Zeit bis zum Ablauf des Tarifs zu kurz sei, daß diese Beitragserhöhung geeignet wäre, den Kampffonds wesentlich zu stärken. Sie ist aber gewillt, für die erste Zeit des Kampfes zugunsten der örtlichen Kasse auf Unterstützung zu verzichten. Es wird ferner der Vorschlag gemacht, in Zukunft einige Beiträge halten zu lassen, so wie einige Exkursionen zu unternehmen. Die Versammlung stimmt dem zu. Am Schluß empfiehlt Kollege Seidel eine Broschüre von Dr. Sommerfeld, die die Bekämpfung der Tuberkulose behandelt; dieselbe ist zum Preise von 20 Pfg. im Bureau zu entnehmen und den Kollegen aufs wärmste zu empfehlen.

Höchst (Odenwald). Am 9. April fand bei Herrn Johannes Stauß in Heubach eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Gauleiter Sarfert aus Mannheim war hier als Referent anwesend. Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter von Höchst und Umgebung und wie können dieselben verbessert werden. Sarfert hielt ein sehr ermunterndes Referat über dieses Thema, wobei er auch den Wert und die Leistungen des Verbandes schilderte. Auch kam er in seinen Ausführungen auf die Arbeitgeberorganisationen und deren schroffen Bestimmungen gegen die Arbeiter zu sprechen. Auch polemisierte er über die schweren Lasten, die dem arbeitenden Volke durch die indirekten Steuern auferlegt wurden. Er erklärte, daß der Verband der Steinarbeiter bis jetzt imstande war, 176 Tarife und 5 Bezirksstarifverträge abzuschließen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.) — Nach diesen Ausführungen schlossen sich 12 Kollegen dem Verbande an.

Kamenz. Am 9. April fand unsere Monatsversammlung statt, welche leblich besucht war. Der Vorsitzende bittet den Kassierer, die Abrechnung vorzulegen. Es ergibt sich folgendes: Einnahme 760.70 Mark, Ausgabe 511.05 Mark, Kassenbestand 249.65 Mark. Die Revisoren beantragen, den Kassierer zu entlasten. Beschlossen wurde, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Ueber den Tarif, der nach den Demitz-Thumitzer Lohn-

gebildet und in deren Verlaufe mächtige Gebirgsschollen zur Tiefe gesunken sind. Im Norden tauchen die Buntsandsteinschichten des Sollings unter die vielfach arg gestörten und zerrütteten jüngeren Triasglieder, Muschelkalk und Keuper, unter, die dann entlang einer bedeutenden Störungslinie, dem sogenannten „Solingabbruch“, in der Nordost Ecke des Blattes Stadoldendorf und in der Südwest Ecke des Blattes Eschershausen an den alten Aufpreßungshorsten des Homburgwalbes und Voglers abstoßen.

Die letztgenannten, hauptsächlich dem Blatte Eschershausen angehörenden Horste sind im großen und ganzen sattelförmig gebaut und bestehen aus den Schichten des oberen, mittleren und unteren Buntsandsteins, unter denen zu beiden Seiten des Obfeldes bei Stadoldendorf auch noch die Glieder des oberen Buntsandsteins, Letten, Dolomite und mächtigere Gipse, zum Vorschein kommen. In der Gegend von Eschershausen liegt zwischen den Nordflügeln der Buntsandsteinfalten ein größeres Tertiärbecken eingesenkt, in dem oligocene Sande und Tone lagern.

Im Norden legen sich auf den oberen Buntsandstein des Voglers und Homburgwalbes der Reihe nach, vielfach von stärkeren Lehmassen verfüllt, die jüngeren Formationen des mesozoischen Zeitalters auf, zunächst entlang der Lenne der Muschelkalk, weiterhin der Keuper und schließlich am Jth die verschiedenen Juraschichten, unter denen besonders der Korallenoolith in Form schroffer, malerischer Klippen landschaftlich hervortritt.

Dem so in kurzen Zügen geschilderten Gebirgsbau des Gebietes liegen zwei verschiedenartige Prozesse der Gebirgsbildung zu Grunde, ein älterer, der sich bereits in vortertiärer Zeit abgespielt und der der Landschaft in ihrem tektonischen Aufbau bereits die maßgebenden Grundzüge verlieh, und ein jüngerer, jungtertiärer, welcher im großen und ganzen nur lokale Scholleneinbrüche entlang den alten Gebirgsspalten bewirkte und vor allem in den zahlreichen Verwerfungen mächtiger Tertiärlinien innerhalb des Sollings landschaftlich zum Ausdruck kommt.

Am Schluß der Erläuterungen werden die Bodenarten und Bodenbewirtschaftung, die nutzbaren Gesteine und Meliorationsmittel sowie die Grundwasser- und Quellenverhältnisse in besonderen Kapiteln behandelt.

und Arbeitsverhältnissen ausgearbeitet ist, welcher auch an den Arbeitgeberverband geschickt wurde, wurde lange debattiert und beschlossen, falls Verhandlungen zustande kommen, eine Kommission zu wählen. Angeregt wird, daß einige Kollegen mit folgendem Material arbeiten, sie meinen, sie werden durch Berichte im „Steinarbeiter“ bliamiert, ein anderer meint, unsre Gewerkschaft ließe ihm im Stiche, sie können daher dem Verbande nicht mehr dienen. Den Kollegen Mohr und Wolf rufen wir zu, wenn ihr Herz hat, so kommt in unsre Versammlung. Dann wird noch beschlossen, die Maiseier nach Möglichkeit zu begehen. Kollege Zentler gibt bekannt und fordert alle die in der Drückstrankekasse der Steinarbeiter für Wiefa und Umgebung Beschäftigten auf, am 26. April die Krankenkassenversammlung zu besuchen.

Meß. Am 9. April tagte im Gewerkschaftshause unsre Mitgliederversammlung. Trotzdem die Versammlung mittels Handzettels bekannt gemacht wurde, hielten es die meisten Kollegen nicht für notwendig, zu erscheinen. Aufgenommen wurden fünf Kollegen. Im 2. Punkt, betreffs Agitation, entspann sich eine lebhafte Debatte. Sämtliche Redner waren darin einig, daß es sehr wichtig ist, mit den uns noch Fernstehenden in Verbindung zu treten, denn die meisten der hier beschäftigten Kollegen sprechen französisch und haben den alten Nationalstolz in sich. Erhöht wird die Agitation noch dadurch, daß hier noch das Unter-Milordsystem in großer Blüte steht, welches die Uneinigkeit unter den Kollegen fördert. Dasselbe traurige Bild ist in der Grabsteinbranche zu verzeichnen; es werden Stundenlöhne bezahlt von 40—45 Pfg. Meß ist doch gewiß eine teure Stadt und doch können es die Kollegen nicht einsehen, ihre Lage zu verbessern. Im Besonderen wurde noch beschlossen, auch dieses Jahr die Maiseier durch Arbeitsruhe zu begehen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, mehr als bisher auf die uns noch Fernstehenden einzuwirken, damit auch hier endlich einmal bessere Zustände eintreten.

Miltenberg. Die Unternehmer fanden sich am 9. April in Miltenberg zusammen, um über den eingereichten Lohnarif zu beraten. Der Extrakt der Beratung spiegelt sich in nachfolgender Resolution wieder:

„Eine heute in Miltenberg im Gasthaus Ruitpold tagende Versammlung der Inhaber von Steinbruch- und Steinmetzgeschäften des gesamten Maingebietes und der anschließenden badischen Bezirke, bei der fast sämtliche Geschäfte vertreten sind, nimmt Kenntnis von der eingereichten Lohnarifvorlage. Nach eingehender Beratung gelangt die Versammlung zu der Ueberzeugung, daß die Annahme dieser Tarifvorlage gleichbedeutend ist mit dem vollständigen Ruin der gesamten Steinindustrie des Maingebietes. (!) Abgesehen davon, daß die gesamte, früher so hoch entwickelte Steinindustrie dieses Gebietes immer mehr zurückging und auch heute noch keine Aussicht für eine Besserung vorhanden ist, würde die Annahme eines Lohnarif nach Glieder- und Flächenberechnung die Steinmetzarbeiten in den hier zu verarbeitenden Gesteinsarten derart verteuern, daß die ohnedies recht spärliche Verfertigung derselben noch weiter zurückginge, bezw. vollständig verschwinden würde. Es ist bekannt, daß sowohl bei öffentlichen, wie Privatbauten die Steinverwendung durch die Puzstechnik und Benutzung von Kunststein deren Billigkeit wegen immer mehr zurückgedrängt wird, und werden die wenigen Steinmetzarbeiten, die überhaupt noch zur Verwendung kommen, in ihrem Gesehtungspreise weiter verteuert, so würde man in kurzer Zeit von der Verwendung von Natursteinen überhaupt abkommen. Der von den organisierten Steinarbeitern angestrebte Lohnarif würde ohne Zweifel den Ruin der gesamten Sandsteinindustrie des Maingebietes bedeuten. Nachdem dies aber weder im Interesse der in Frage kommenden Arbeiter, noch im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse gelegen sein kann, so beschließt die Versammlung einstimmig die Ablehnung der Vorlage. Die Unternehmer erklären sich aber bereit, bis zum 1. Juni d. J. durch eine von ihnen gewählte Kommission eine neue Tarifvorlage auszuarbeiten und dieselbe den Arbeitnehmerorganisationen zu unterbreiten.“

Daß die Arbeiter darauf ausgehen, die Mainkandsteinindustrie zu ruinieren, glauben ja die Herren Unternehmer selbst nicht. Wäre schon vor 5—6 Jahren ein Tarif zustande gekommen, dann hätte die unlautere Konkurrenz nicht so um sich greifen können.

Neufach. Am 9. April fand im Gasthaus zum Nebstod eine mächtig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Weindl aus Kappelrobeck hielt ein gebiegenes Referat, welches allgemeinen Beifall fand. Zum Punkt Maiseier wurde einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern. Nachmittags machen die Kollegen einen Ausflug in die nahegelegene Drückstrankekasse. Es wurde das Verhalten der Seebacher Kollegen fremden Zugereisten gegenüber sehr stark kritisiert. Es wurden nämlich vor kurzer Zeit von der Firma Müller u. Zehle in Dittenhöfen mehrere Kollegen aus Bayern in die Granitbrüche in Seebach geholt. Die bayrischen Kollegen haben gerade nicht alles so gefunden, wie ihnen versprochen wurde, aber den meisten Anstoß haben sie an dem Verhalten der Seebacher Kollegen selbst genommen. Anstatt daß man sich fremden Kollegen gegenüber als Verbandsbrüder freundlich und gefällig zeigt, haben es die Seebacher Kollegen vorgezogen, dieselben nicht einmal anzusprechen. Wie lange wird es wohl noch dauern, bis die Kollegen endlich einmal zu der Einsicht kommen, daß sie den Fremdenhaß beiseite lassen? Den Seebacher Kollegen wollen wir die Worte, welche einst Karl Marx gesprochen hat, ins Gedächtnis rufen: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“

Die geologischen Aufnahmen der Blätter Sienerhausen und Stadoldendorf umfassen in erster Linie den inneren Kern und den nördlichen Ausläufer des Sollings, eines ausgebehten, von prächtigen Wäldungen bestandenen Buntsandsteinmassivs, das hauptsächlich aus den oberen Stufen der mittleren Buntsandsteinformation zusammengesetzt wird. Der ziemlich einförmige Bau des Sollings wird aber durch eine Reihe von Spalten und Bruchzonen unterbrochen, die zum Teil als breitere, mit Tertiärlanden, zuweilen auch Muschelkalk erfüllte Talverwerfungen aus-

gebildet und in deren Verlaufe mächtige Gebirgsschollen zur Tiefe gesunken sind. Im Norden tauchen die Buntsandsteinschichten des Sollings unter die vielfach arg gestörten und zerrütteten jüngeren Triasglieder, Muschelkalk und Keuper, unter, die dann entlang einer bedeutenden Störungslinie, dem sogenannten „Solingabbruch“, in der Nordost Ecke des Blattes Stadoldendorf und in der Südwest Ecke des Blattes Eschershausen an den alten Aufpreßungshorsten des Homburgwalbes und Voglers abstoßen.

Die letztgenannten, hauptsächlich dem Blatte Eschershausen angehörenden Horste sind im großen und ganzen sattelförmig gebaut und bestehen aus den Schichten des oberen, mittleren und unteren Buntsandsteins, unter denen zu beiden Seiten des Obfeldes bei Stadoldendorf auch noch die Glieder des oberen Buntsandsteins, Letten, Dolomite und mächtigere Gipse, zum Vorschein kommen. In der Gegend von Eschershausen liegt zwischen den Nordflügeln der Buntsandsteinfalten ein größeres Tertiärbecken eingesenkt, in dem oligocene Sande und Tone lagern.

Im Norden legen sich auf den oberen Buntsandstein des Voglers und Homburgwalbes der Reihe nach, vielfach von stärkeren Lehmassen verfüllt, die jüngeren Formationen des mesozoischen Zeitalters auf, zunächst entlang der Lenne der Muschelkalk, weiterhin der Keuper und schließlich am Jth die verschiedenen Juraschichten, unter denen besonders der Korallenoolith in Form schroffer, malerischer Klippen landschaftlich hervortritt.

Dem so in kurzen Zügen geschilderten Gebirgsbau des Gebietes liegen zwei verschiedenartige Prozesse der Gebirgsbildung zu Grunde, ein älterer, der sich bereits in vortertiärer Zeit abgespielt und der der Landschaft in ihrem tektonischen Aufbau bereits die maßgebenden Grundzüge verlieh, und ein jüngerer, jungtertiärer, welcher im großen und ganzen nur lokale Scholleneinbrüche entlang den alten Gebirgsspalten bewirkte und vor allem in den zahlreichen Verwerfungen mächtiger Tertiärlinien innerhalb des Sollings landschaftlich zum Ausdruck kommt.

Am Schluß der Erläuterungen werden die Bodenarten und Bodenbewirtschaftung, die nutzbaren Gesteine und Meliorationsmittel sowie die Grundwasser- und Quellenverhältnisse in besonderen Kapiteln behandelt.